

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 3.30 Mark pro Quartal,  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7090.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1503.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 24. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Diktatur des Proletariats

Hat die Socialdemokratie soeben in einem Gesetzentwurf dem Reichstag vorgelegt. Das versichern die „Post“, die „Berliner Neuesten Nachrichten“ und in ihrem Kerger über die Plamagie der liberalen Halb-Zuchthäusler auch sehr bezeichnenderweise die „National-Zeitung“.

Und worin soll diese „Diktatur des Proletariats“ bestehen — man höre und staune — in unseren Anträgen über die Sicherung und Erweiterung der Koalitionsfreiheit. Jetzt wissen wir also, was die Herren unter „Diktatur des Proletariats“ verstehen, einen Zustand nämlich, der in civilisirten Ländern, in Frankreich, Belgien, Schweiz, England, Vereinigten Staaten, Australien längst gesetzlich festgelegt ist: die Koalitionsfreiheit für alle Arbeiter, ohne Unterschied des Gewerbes. Die Scharfmacher müssen vor Gram über ihre Niederlage den letzten Rest des Verstandes verloren haben, daß sie in derartige Tollheiten verfallen.

Die ganze Klüßständigkeit dieses Gefindes entlarvt sich in dem Jeteren über unsere Anträge. So lange es galt, für die Zuchthausvorlage zu agitieren, heuchelten sie alle, die Konfessionellen, die Freikonservativen und die Liberalen des Südbundes ihre Liebe für die Koalitionsfreiheit. Wir stillen ihr Diebesbedürfnis, entwerfen eine Vorlage, die mit der Koalitionsfreiheit endlich einmal ernst macht — und siehe da, jetzt freischen sie über die von uns beanspruchte Diktatur des Proletariats.

Zunächst entsetzt man sich über die Erweiterung des Koalitionsrechts für alle Arbeiter, auch für Landarbeiter und Beamte. Wenn das Diktatur des Proletariats ist, so hat diese Diktatur schon bei der ersten Beratung der Zuchthausvorlage der — Abg. Lieber proklamiert; denn er forderte damals „auf dem Boden des gemeinen Rechtes gemeine Koalitionsfreiheit für alle, die dem deutschen Reichsrechte unterstehen, gemeine Koalitionsfreiheit für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Reichsbürger vereinigen wollen“. Genau dasselbe fordern unsere Anträge, und das nennt man nun Diktatur des Proletariats.

Besonders wüthen die Scharfmacher über die Ausdehnung der Koalitionsfreiheit auf die Landarbeiter. Tiefinnig zornvoll bemerkt die „Post“:

„Darin vertrat sich eine ebenso große Unkenntnis der einschlägigen Verhältnisse, wie bei der socialdemokratischen Landagitation überhaupt. Diese Forderung beweist auch ebenso wie die völlige Rechtsungleichheit in der Behandlung von Arbeitern und Arbeitgebern, daß der Socialdemokratie jede gesetzgeberische Befähigung abgeht, weil sie nicht von sachlichen, sondern von agitatorischen Gesichtspunkten geleitet wird. Sie ist unfähig, den Verhältnissen, denen jede Gesetzgebung Rechnung tragen muß, irgendwie gerecht zu werden, weil es ihr garnicht möglich ist, sich über das niedrige Niveau des brutalsten Klassenstandpunktes zu erheben. Nichts wäre also für alle Kultur verhängnisvoller, als wenn eine solche für gesetzgeberische Thätigkeit nicht die allgeringste Befähigung aufweisende Partei der rohen Gewalt einmal ans Ruder gelangte. Die Ausdehnung des Koalitionsrechts auf ländliche Arbeiter würde einfach zum völligen Ruine der Landwirtschaft führen. Man denke sich, was hier ein Streik unmittelbar vor der Ernte bedeuten müßte.“

Neulich schreiben die Krupp-Schweiburgschen „Neuesten Nachrichten“:

„Wer sich vergegenwärtigt, aus wie schwerwiegenden Gründen die Gesetzgebung bisher das Koalitionsrecht den landwirtschaftlichen Arbeitern verweigert, weiß der Mißbrauch dieses Rechts gleichbedeutend mit dem wirtschaftlichen Ruin der betreffenden Landwirtschaftsbetriebe sein würde, dem erkelt, daß die Socialdemokratie mit ihren Vorschlägen einen tödlichen Schlag gegen alle Landwirte, Großwirtschaften, wie bäuerliche Wirtschaften führen würde. . . . Mit dem wirtschaftlichen Ruin der Landwirtschaftsbetriebe würden die Kreise der Bevölkerung beseitigt werden, welche sich bisher als der sicherste Schutzwall „gegen die socialdemokratischen Bestrebungen bewährt haben.“

Der Ruin der Landwirtschaft würde die Folge der Koalitionsfreiheit sein. Ruiniert müßte also die Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten sein, deren Konkurrenz unsere Agrarier doch im Gegentheil so sehr fürchten. Landarbeiter dürfen sich nicht nur in den oben erwähnten Ländern verbinden, selbst in Italien und in Ungarn giebt es Landarbeiter-Koalitionen. Und dieses Recht bedeutet so wenig einen Ruin der Landwirtschaft, daß umgekehrt die englischen Grundbesitzer sich nur dadurch vor der vernichtenden Leutenot retten konnten, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter die Koalitionsfreiheit erhielten. Man mache sich also nicht unnötig lächerlich durch solche Redensarten.

Die zweite Art der Beschwerden richtet sich gegen die Rechtsungleichheit, die unsere Anträge zeigen sollen. Die beiseidenswerten starken Arbeiter sollen alles thun und lassen dürfen, während die armen schwachen Arbeitgeber willenlos der Diktatur des Proletariats preisgegeben seien!

Der „alberne Entwurf“, dessen agitatorische Wirkung das Blatt übrigens fürchtet, läuft nach der „Post“ darauf hinaus: „Den Arbeiter soll von vornherein gesetzliche Absolution erteilt werden für alle bisher als Straftaten angesehenen Vergehen, sofern sie in Verbindung stehen mit Vereinigungen oder Verbindungen, die eine Einwirkung auf Verbesserung der Einkommensverhältnisse bezwecken. Dem gegenüber wird es dem Arbeitgeber bei Androhung schwerer Strafen (Gefängnis bis zu 3 Monaten) verboten, sich zum Zwecke der Verrückung von Gehältern, Urarbeitslohn, Streiklosgeldern und ähnlichen, mehr die Geschäfte der Socialdemokratie besorgenden als auf die Arbeit bedachenden

unliebsamen Elementen aus ihren Arbeitsräumen zu vereinigen. Das ist ganz der Standpunkt proletarischer Massengesetzgebung, deren oberste Spitze in die Diktatur des Proletariats ansteigt. Die Arbeiter sollen von allen gesetzlichen Schranken völlig befreit werden und die Unternehmer nicht mehr Herren im eigenen Hause bleiben; der schon als unhaltbar empfundene Zustand, der schon jetzt viele Unternehmer der Herrschaft in den eigenen Werken beraubt, soll also noch ganz ungeheuer verschärft werden.“

Genau dieselbe einfältige Lüge sprechen die „Berliner Neuesten Nachrichten“ aus — die beiden Artikel sind so ähnlich, daß sie aus derselben Feder stammen könnten —, indem sie behaupten, daß

„einerseits jede Aktion der koalitierten Arbeiter, auch wenn sie mit den Bestimmungen des Strafgesetzes unvereinbar ist, straffrei und andererseits den Arbeitgebern die Wahrung ihres Hausrechts dadurch unmöglich gemacht werden soll, daß Vereinigungen oder Verbindungen gegen Streiks und andere Koalitionen mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten bestraft werden sollen und daß selbst der Versuch einer solchen Verabredung strafbar wäre! Aus diesen Vorschlägen geht hervor, daß die Socialdemokraten unter der Firma Gleichheit des Rechts zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in Wirklichkeit die vollste Ungleichheit des Rechts zu Gunsten der Arbeiter, zu Lasten der Arbeitgeber, welche mit gebundenen Händen rechtlos den Arbeitern ausgeliefert werden sollen, erstreben.“

Die „National-Zeitung“ beteiligt sich zwar nicht an der Lüge, daß unsere Anträge jede Handlung gestatten, auch wenn sie gegen das Strafgesetzbuch verstoßen, während in Wahrheit unser Entwurf nur die Aufnahme bestimmungen des § 153 beseitigt und fordert, daß Vergehen, die im Arbeitskampf geschehen, nicht mit anderem Maße gemessen werden, als wenn sie unter anderen Umständen begangen werden; Verletzungen gegen das Strafgesetzbuch bleiben also selbstverständlich auf Grund unserer Anträge strafbar und Gewaltthätigkeiten im wirtschaftlichen Kampf können nach wie vor ihre Ahndung finden. Dafür erspricht aber das brave liberale Blatt vor der Möglichkeit, daß die Arbeiter die Koalitionsfreiheit auf gesetzlichen Wege ausüben könnten, ohne ausnahmsweise auf chikanosert zu werden:

„Der zweite Absatz des § 152b würde die Strafen und Pläge behufs der Agitation und der Einschüchterung Arbeitswilliger schrankenlos der Socialdemokratie zur Verfügung stellen, sofern nur die Verletzung der darin angeführten Bestimmungen des Strafgesetzbuches über Widerstand gegen Beamte durch Zusammenrottung, Hausfriedensbruch, Landfriedensbruch u. d. m. vermieden würde. Das Postenstehen zu dem ausgesprochenen Zwecke der Einschüchterung Arbeitswilliger, welches durch das englische Gesetz mit Strafe bedroht ist (das alte Märchen), würde in Deutschland ausdrücklich für erlaubt erklärt.“

Selbst die Vereinsfreiheit will das liberale Blatt nicht: „Der § 152a würde für Vereine und Versammlungen, als deren Zweck die Anwendung des Koalitionsrechts auch nur ausgegeben wird, die gesamte Gesetzgebung über Vereins- und Versammlungsrecht aufheben; sobald jener Zweck angegeben wäre, könnten sie ihre Thätigkeit auf alle Gebiete des öffentlichen Lebens ausdehnen, ohne irgend einer vereinigungsgesetzlichen Bestimmung zu unterliegen.“

Das scheint für eine liberale Seele ja eine entsetzliche Vorstellung zu sein. Und im schüchtern, nur weniger offenerherzigen, heuchlerisch verschleierte Scharfmacherstil schließt das liberale Organ des halben Zuchthaus:

„So lange der Deutsche Reichstag nicht zu einem Konvent geworden ist, in welchem Herr Singer präsidiert und Herr Bebel der Führer des Hauses ist, hat es keine Gefahr mit der Annahme solcher Anträge. Aber gegenüber der Dreifachheit dieser Zustimmung und ungeachtet des offenbaren Zweckes derselben, den Genossen im Lande zu zeigen, daß die socialdemokratische Fraktion bereits mit der Regierung und der Reichsvertretung böswärtige Pöffen treiben dürfe, ist eine nachdrückliche Zurückweisung des Antrages, insonderheit seitens derjenigen Fraktionen des Reichstags erforderlich, welche in den Verhandlungen über die Regierungsvorlage mit Recht jede Verantwortlichkeit der Koalitionsfreiheit abgelehnt haben. Wer mit uns das Bestreben der „Scharfmacher“ vertritt, die gesamte Arbeiterbewegung für die agitatorischen Ausschreitungen der Socialdemokratie büßen zu lassen, der muß ebenso unzweideutig diesen Ausschreitungen entgegenzutreten, auch wenn zum Vorwande derselben berechnete Bestrebungen der Arbeiterklasse genommen werden.“

Diese liberalen Aeüßerungen sind offenbar nur zu dem Zwecke geschrieben, um die Socialdemokratie vor der Gefahr zu beschützen, aus Anlaß der Ablehnung der Zuchthausvorlage eine bessere Meinung von der Bourgeoisie und dem Liberalismus zu gewinnen; das war unnützig, denn diese Gefahr war niemals vorhanden.

Wenn schließlich die sämtlichen Organe sich über die Rechtsungleichheit empören, daß das insamste Kampfmittel des übermächtigen Kapitalismus, das System der schwarzen Listen, durch das Arbeiter, weil sie sich des Koalitionsrechts bedienen haben, geächtet und dem Hunger preisgegeben werden, künftig unter Strafe gestellt werde, so sollten gerade diejenigen Elemente, die milderen Formen des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern das Wort reden, diesen Vorschlag, der das grausamste und erbitterndste Kampfmittel, das Dum-Dum-Geschoss im socialen Kriege, auscheiden will, mit Freuden begrüßen. Die ganze socialpolitische Vorurtheilhaftigkeit dieser Spitze zeigt sich in dem Geheul über diese „Verharmlosung der Unternehmer“, die sich natürlich auch auf Grund unserer Vorschläge koalieren, Arbeiter entlassen, Löhne durch gemeinsames Uebereinkommen feststellen dürfen usw., und die nur von jenem einen schändlichsten Mittel wirtschaftlicher Ueberlegenheit nicht Gebrauch machen sollen.

Das nennt man dann „Diktatur des Proletariats“. Unsere Anträge werden ein socialpolitischer Prüfstein für die bürgerlichen Parteien sein. Bis her äußert sich zustimmend nur die „Volkszeitung“, die den Freisinnigen die Annahme empfiehlt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November.

#### Der Reichstag

trat heute in die zweite Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle ein. Bei wichtigen Gesetzentwürfen, namentlich solchen, bei denen zwischen erster und zweiter Lesung längere Zeit verstrichen ist, pflegt zwar nicht der Form, aber doch der Sache nach eine Art Generaldebatte stattzufinden. In diesem Fall war das aber nicht möglich, weil der Gesetzentwurf kein einseitiges Werk ist, das gleich im ersten Paragraphen sein Wesen und seinen Zweck ausdrückt, sondern ein Sammelsurium von heterogensten Dingen, die man aus den einen oder anderen Gründen in die Gewerbe-Ordnung einfügen will.

Der erste Paragraph der Novelle, an den eine Debatte sich knüpfen konnte, handelt von der polizeilichen Erlaubnis zu Tanzvergügungen und von der Polizeistunde, worüber sich allerdings sehr viel sagen läßt — und es wurde auch viel gesagt —, aber doch nichts Allgemeines, was auch die übrigen in der Novelle behandelten Materien umfaßt. Zu diesem Paragraphen (33) hatten wir einen Antrag gestellt, welcher verlangt, daß alle Wirte ganz gleich behandelt werden. Unsere Genossen Pfannkuch, Zubeil, Bebel, Stadthagen verteidigten den Antrag und bewiesen aus zahlreichen Beispielen — namentlich aus Berlin und Umgebung — dessen Notwendigkeit. Allein es war vergebens; unser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Es zeigte sich schon hier, daß das Centrum sich mit den zwei konservativen Fraktionen und den Antisemiten zu einer festen Majorität zusammen geschlossen hat. Recht übel erging es in dieser Debatte dem Centrumsmann Szynla, agrarischer Großgrundbesitzer und Schnapsbrenner in Schlesien, der für die Polizeistunde eiferte, weil sie die Trunksucht eindämme. Dem Herrn wurde bedeutet, daß Polizeistunde und Trunksucht nichts mit einander zu thun haben, und daß er seinen Ernst in Bekämpfung der Trunksucht am besten durch Einstellung seiner Schnapsbrennerei beweisen könne.

Eine ziemlich lebhafte Debatte wurde durch den Artikel 3, Absatz I und IV, hervorgerufen, welche Bestimmungen die „Gesindevermieter oder Stellungsvermittler“ unter Polizeikontrolle und Polizeiaufsicht stellen. Es liegt das im Interesse der Großgrundbesitzer, die fürchten, daß sie von ihren Arbeitern (Knechten, „Mägden“ usw.) verlassen werden, wenn diese durch Gesindevermieter erfahren, wie es in der Welt aussieht und wie sie ihre Lage verbessern können.

Natürlich suchten die Herren Agrarier den agrarischen Pferdeschuh zu verstecken; das gelang ihnen jedoch nicht. Trotz ihres Ableugnens verrieten sie, daß die bezüglichlichen „Verbesserungen“ der Gewerbe-Ordnung zu den „kleinen Mitteln“ gehören, mit denen der (bei Sekt und „Jeu“) notleidenden Landwirtschaft aufgeholfen werden soll. Die kompakte Majorität bewährte sich wieder —, wie im weiteren Verlauf der Debatte. Ein Versuch der Socialdemokraten, die Kunststoffsachen und die Rat- und Kunstferteilung vor Polizeieinmischung zu bewahren, hatte den Erfolg, daß Graf Posadowsky die Versicherung gab, unter „gewerbsmäßiger“ Kunstferteilung und Beratung sei nicht eine geschäftsmäßige, sondern nur eine solche Thätigkeit zu verstehen, die den Erwerb zum Zweck habe. Ein von Bebel begründeter Antrag, Barbier- und Feisurgegeschäften nur in so weit den Geschäftsbetrieb zu gestatten, als eine Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen gestattet ist, führte zu einem komischen Zwischenfall. Der Antisemit Kaab wollte nämlich eine Dankeszuschrift der Barbier-Finnung, die Bebel zuging, durchaus für sich in Anspruch nehmen, und beschwerte sich bitterlich über die Geschäftskonkurrenz der bösen Socialdemokraten.

Nun, den Herren Antisemiten wird das Geschäft durch uns noch mehr verdorben werden.  
 Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Fortsetzung. —

#### Nach neuen Niederlagen lüftern

läßt ein antisemitisches Blatt die Regierung sein. Nachdem die Herren im Reiche derart blamiert worden sind, sollen sie nun, der Abwechslung halber, wieder einmal in Preußen ihr Heil versuchen und die Welt durch ein Vereinsgesetz vor dem Umsturz bewahren. Das antisemitische Organ scheint in der Geistesverfassung der Regierungsmänner gut Bescheid zu wissen, daß es sie sich nur in der Erzeugung von Knebel- und Amittelgesetzen vorstellen kann.

Die Phantasie der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ ist durch die parlamentarischen Vorgänge so heftig erregt worden, daß sie Bruchstücke aus irgend einem Hintertreppen-Roman citiert:

„Weber als solche, noch als fittlich gleich berechtigt mit den anderen Parteien kann die socialdemokratische von der Regierung anerkannt werden. Denn die Socialdemokratie strebt nach der



Gesellschaft, um, sobald sie diese erlangt hat, die Monarchie und den nationalen Staat niederzuwerfen. Verweigert die Reichstagsmehrheit dem deutschen Staate die Mittel, der Ausbreitung dieser verhängnisvollen Macht entgegenzutreten, so erschwert sie dadurch den Verbündeten Regierungen in unberechenbarem Umfange die Ausübung ihrer Pflicht, das Vaterland gegen das hereinbrechen der wilden Plut zu schützen, welche die Monarchie, den Staat und die Erbgüter einer mehr als tausendjährigen Kultur mit Verderben bedroht.

Der arme Graf Bosadowsky wird doch hoffentlich nicht in dem Wahn leben, daß er die Schuld an der tausendjährigen Kultur trägt. Dagt er diesen Irrtum, so kann ihn ein flüchtiger Blick in irgend ein Geschichtsbuch darüber aufklären, daß alles, was wir in tausendjähriger Arbeit an Kultur erarbeitet haben, das Werk von Unstirnlern und Revolutionären ist, die Stütze für Stütze, unter unglücklichen Opfern und Verfolgungen, von allzeit herrschenden Bosadowskys abgerungen haben.

Das System Bosadowsky ist keine neue Erscheinung, es ist nur ein neuer Name für den ewigen Widerstand des Alten, Wortschen, Menschheitsfeindlichen gegen das Junge und Verdende, gegen die Kraft des Empordringenden und Kulturfördernden. —

### Die Marinevorsage

wird, wie verlautet, wahrscheinlich nur aus zwei Paragraphen bestehen, von denen der erste festsetzt, wie groß die Flotte sein soll, und der zweite bestimmt, daß die jährlichen Neubauten durch den Etat festgesetzt werden.

Das wäre ein Marineplan, noch weit bedenklicher als das Flottengesetz von 1898.

Dieser Marineplan bedeutet eine Festlegung des Reichstages auf 17 Jahre, ohne daß dabei auch die Kosten festgelegt werden. Diese können dann vielmehr von der Regierung stets in beliebiger Höhe gefordert werden.

Beim Flottengesetz von 1898 wurde mit dem Reichstag auch die Regierung gebunden — welche moralische Verpflichtung sie jetzt allerdings in den Wind schlägt; jetzt soll der Reichstag allein gebunden werden, während die Geldforderungen der Regierung ungezügelt ins Ungemessene steigen dürfen. —

### Alles gerettet!

—st. Wien, 21. November.

Vor drei Tagen schien die Regierung Clary unrettbar verloren und der § 14 in unmittelbarer Nähe gerückt. Heute aber hängt der Himmel voller Geigen, die parlamentarischen Wogen, die Schiffer und Kahn zu verschlingen drohten, glätten sich und alles ist gerettet: Regierung, Parlament, Ausgleich und wer weiß was noch. Das „Wunder“, das die Wendung bewirkt hat, ist freilich sehr einfach: Kaiser Franz Joseph „empfängt“ seit drei Tagen die Parteiführer und trägt ihnen seinen „Wunsch“ vor, daß alle „Staatsnotwendigkeiten“ der Regierung glatt bewilligt werden sollen. Und die bisher so störrigen Parteien schwenken ein wie Unteroffiziere; alles tummelt sich, die „Wünsche“ des Monarchen zu erfüllen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß ehe das Jahr um sein wird, das Budgetprovisorium bewilligt ist und alles, was mit dem Vergleich in Zusammenhang steht; wie Indemittel für die Verordnungen, die Quote und das Ueberweisungsrecht, unter Dach und Fach gebracht werden wird. Bis jetzt regierte der Absolutismus in der Erscheinung des § 14, jetzt verdrängt er sich in dem „Wunsch“ des Kaisers. Etwas Aehnliches an Beeinflussung der wir ihren Wählern verantwortlichen Abgeordneten ist wohl in der Geschichte konstitutioneller Staaten noch nicht vorgekommen; die sogenannte Autorität der Krone wird dazu benutzt, um den Staatsfarrnen aus dem Sumpfe, in den er wieder einmal hineingeraten ist, herauszubringen. Allerdings dürfte kein Parlament der Welt solche Kadaver-Parteien kennen, wie sie dieses österreichische Scheinparlament besitzt. Der Kaiser wünscht's und damit basta. Die politische Feindschaft gegen das Ministerium verstummt, von den sachlichen Bedenken gegen das Ausgleichsgesetz ist keine Rede mehr, denn der Kaiser hat's gesagt und also muß es so geschehen.

Alles ist gerettet; Ordnung wird gründlich gemacht werden. Die Verhandlungen der Quotendeputationen sind zwar Freitag abgebrochen worden, aber die Oesterreicher fahren heute wieder nach Budapest und es ist sicher, daß die noch vorhandene Differenz von einem Achtel Prozent geteilt und eine Einigung etwa um 34,4 Proz. erfolgen wird. Oestreich büßt zwar bei dieser Quote, die eine Erhöhung des ungarischen Anteils nur scheinbar ist, noch ein, denn es muß bei dem neuen Verteilungsmodus des Ertrages der direkten Steuern mehr opfern, als die Ungarn bei ihrem Beitrag zu den Kosten der gemeinsamen Angelegenheiten draufzahlen. Aber der Kaiser hat es ja doch als „Staatsnotwendigkeit“ erklärt, daß Oestreich das schlechte Geschäft mache, und also machen es die lokalen Oesterreicher. Man könnte wohl fragen, warum der ungarische König nicht einmal das Nachgeben der Ungarn als Staatsnotwendigkeit bezeichne; aber es ist schon so, daß die Ungarn für jenen mysteriösen Großmachtsstaat wenig Empfänglichkeit haben. Wenn sich, was die höchste Wahrscheinlichkeit ist, die Quotendeputationen über einen Vorschlag einigen, so wird auch das Ueberweisungsrecht im österreichischen Parlamente glatt durchgehen; die Parteien werden an der „erhöhten“ Quote den Vorwand haben, womit sie sich und ihre einsitzigen Wähler foppen werden. Schließlich wird man auch dem oetrohrierten Ausgleich das Placet geben und der aus den Jagen geratene Staat wird wieder eingerenkt sein. Und dann komme man jemand in Oestreich und sage ihm, daß der Absolutismus des § 14 und der Absolutismus der „Wünsche“ der unverantwortlichen Krone nicht dasselbe sind! Der unverbesserliche Oesterreicher ist glücklich, weil es in dem Text der Gesetze wieder heißen wird: „Mit Zustimmung des Reichsrates“, und es kimmert ihn nicht, daß unter solchen Umständen die Abgeordneten einfach Vakaten sind!

Aus Budapest wird mittlerweile gemeldet, daß die dort zusammengetretenen Quotendeputationen sich geeinigt haben. Die ungarische Quote beträgt 34,4 Proz. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am Dienstag beschloß Franz Kossuth diesen Quotenlay als zu hoch im Verhältnis zu der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Ministerpräsident v. Szell sprach für die Beschlässe der Quotendeputation.

### Deutsches Reich.

#### Flotten-Telegramme.

Der Bürgermeister von Lübeck, Dr. Aug. hat aus Anlaß des Stapellaufs des Kreuzers „Ramphe“ an den Kaiser ein Telegramm gerichtet, welches lautete:

„Eurer Majestät melde ich, daß der Kreuzer „Ramphe“ heute, am Geburtstage Ihrer Majestät der Kaiserin Friedrich, glücklich vom Stapel gelassen ist. Namens der Hansestadt Lübeck dürste ich den Laufakt vollziehen, der Hoffnung nach weiterer Entwicklung der Marine Ausdruck geben und dem jüngsten Schiffe glückwünschende Worte zurufen. Geruhen Eure Majestät meinen Dank für den ehrenvollen Auftrag entgegenzunehmen.“

Darauf ist folgendes Antwortelegramm eingegangen:

„Bürgermeister Aug. Mel.  
Es freut mich, daß Euer Magnificenz als Vertreter der alten Hansestadt Lübeck heute am Geburtstage meiner vielgeliebten Mutter bei dem Kreuzer „Ramphe“ den Laufakt vollzogen haben. Mögen die warmen Worte, welche Sie an diesen Zuwaas knüpfen, überall im deutschen Lande volle Anerkennung finden, damit meine Marine in den Stand komme, den dauernd wachsenden Anforderungen für den Schutz unserer überseeischen Interessen zu entsprechen.“

Wilhelm I. R.  
Auch dieses Telegramm zeigt, wie sehr die Marinevermehrung zur Zeit das Denken des Kaisers beherrscht.

Das Jugthausgesetz scheint darüber in Vergessenheit geraten zu sein.

Wenn aber der Bürgermeister von Lübeck, namens der Hansestadt Lübeck, der Hoffnung nach weiterer Entwicklung der Marine Ausdruck geben zu sollen glaubte, so sei daran erinnert, daß die Mehrheit der Bevölkerung dieser Seestadt socialdemokratisch denkt und daß die socialdemokratische Arbeiterpartei gerade in den Hansestädten keinerlei Neigung hat, sich in maritimen Phantasmagorien zu verlieren. —

Kurze Notizen. Aus Windsor wird vom 22. d. Mts. telegraphiert:

„Den ersten Toast bei dem gestrigen Bräuttmahl brachte der Prinz von Wales aus; er erhob sich mit den Worten: „Auf Befehl der Königin: der deutsche Kaiser und die deutsche Kaiserin!“, worauf die deutsche Nationalhymne gespielt wurde. Sodann erhob der Kaiser sein Glas mit den Worten: „Die Königin!“ und es wurde die britische Nationalhymne gespielt. Den Toast auf die Kaiserin Friedrich brachte wiederum der Prinz von Wales aus; auch diesem folgte das Abspielen der deutschen Nationalhymne.“

Wirklich macht alles. In akademischen Kreisen wird erzählt, die Kaiserin habe durch ihren Oberhofmeister Freih. v. Würbach auch an den Senat der Universität in Berlin ein Schreiben richten lassen, in welchem die bekannnten Aeußerungen des Privatdocenten Dr. Preuß in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung getadelt und im Anschluß daran auch der Fall Wronz behandelt wird.

Da die Universität nicht unter dem Oberhofmeister reffortiert, so hätte der Senat von Rechts wegen die Annahme des Würbachschen Schreibens verweigern sollen.

Zwei Werner. Verschiedene Blätter machen darauf aufmerksam, daß der von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vor einigen Jahren verübte Mordwerner nicht identisch ist mit dem Reinhold Werner, der neuerdings Marinepredigten hält. Womit nichts für die Flottenpläne bewiesen ist. —

Ueber ein Pistolenduell zwischen zwei Einjährigen berichtet man in Nr. 261 unserer Blätter. Mit Bezug auf diese Notiz erhalten wir vom Generalkommando des VIII. Armeekorps in Koblenz eine Zuschrift, in der es heißt:

Die von hier aus veranlaßten dienstlichen Ermittlungen haben ergeben, daß ein Pistolenduell zwischen zwei Einjährig-Freiwilligen des Infanterie-Regiments Nr. 100 nicht stattgefunden hat. Daher ist auch ein Todesfall oder eine Verhaftung aus Anlaß eines solchen nicht vorgekommen.

Durch Veröffentlichung dieser Zeilen kommen wir dem Ersuchen des Generalkommandos um eine entsprechende Verichtigung nach.

Karlruhe, 23. November. Der Landtag wurde heute vormittag um 11½ Uhr eröffnet. Der Präsident des Staatsministeriums Dr. Koll verlas die Thronrede, welche betont, die Finanzlage sei eine gute und gesunde, und alsdann unter anderem einen Gesetzentwurf ankündigt, der die Umbildung der seit herigen direkten Steuern zu Vermögenssteuern anstrebt, desgleichen eine Denkschrift, in welcher die Regierung ihre Anschauungen, betreffend die Einführung der direkten Wahl darlegt, um so eine Grundlage zu schaffen, auf der die Einführung dieses Wahlmodus „weniger bedenklich“ wird.

Das Samon-Abkommen wird jetzt im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht. Es entspricht durchaus dem früher darüber bekannt gegebenen Mitteilungen. —

### Ausland.

#### Von der Pest.

Konstantinopel, 22. November. Die für Herkünfte aus Triest verhängte ärztliche Untersuchung ist wieder aufgehoben worden. Die Quarantäne für Herkünfte aus Aegypten wurde auf fünf Tage herabgesetzt. —

Santos, 22. November. Während der letzten zehn Tage sind zwei neue Pestfälle vorgekommen. Die Gesamtzahl der Erkrankten im Hospital beziffert sich auf sieben, von denen sechs auf dem Wege zur Genesung sind. —

#### Oestreich-Ungarn.

Wien, 22. November. (Abgeordnetenhaus.) Der socialdemokratische Abgeordnete Schrammel bezeichnet als einziges Mittel zur Herbeiführung geordneter Zustände die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts und Auflösung des Parlaments. Schließlich lehnt das Haus mit 171 gegen 128 Stimmen sämtliche Anträge auf Verlegung des früheren Ministeriums Thun in den Anlagenzustand ab. Dafür stimmte die deutsche Linke, die Schönerlianer und die Socialdemokraten, dagegen die Polen, Czechen, Slowenen, die katholische Volkspartei und der böhmische Großgrundbesitz.

Wien, 23. November. Die Jungezechen haben die Obstruktion beschlossen und dieselbe sofort heute im Abgeordnetenhaus mit einem Dringlichkeitsantrag über Feststellung der Rationalität bei der Volkszählung begonnen. An der Obstruktion beteiligt sich sonst keine andere Partei.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verlangte Dolezal das Wort zur Begründung der Dringlichkeit seines Antrages noch vor dem Uebergang zur Tagesordnung. Der Präsident erklärt, er lasse die Begründung des Antrags Dolezal zu, da dieser Dringlichkeitsantrag der erste in der Reihenfolge der Dringlichkeitsanträge sei. Dolezal beginnt hierauf seine Rede, welche zweieinhalb Stunden dauert.

Zum Dringlichkeitsantrag Dolezal sprechen nach einem noch Horica und der Kroate Spincic. Um 5¼ Uhr beantragt Kramarec mit Rücksicht auf die gleichzeitige tagende Quotendeputation Schluß der Sitzung. Bergelt spricht sich unter Hinweis auf die Wichtigkeit der auf der Tagesordnung stehenden Punkte dagegen aus. Der Präsident erklärt, er habe die Debatte über den Dringlichkeitsantrag zu Ende führen wollen, um zur Tagesordnung zu gelangen, mit Rücksicht auf die gleichzeitige Tagung der Quotendeputation werde er jedoch die Sitzung schließen. (Rebhafter Widerspruch links.) Bergelt beantragt unter Zustimmung der Linken, die nächste Sitzung heute Abend abzuhalten. Nachdem Dolezal dafür gesprochen, wird der Antrag mit 118 gegen 112 Stimmen angenommen. —

Wien, 23. November. Die österreichische Quotendeputation nahm in der heutigen Sitzung den Bericht des Siedener-Ausschusses über die Verhandlungen mit der ungarischen Deputation zur Kenntnis. Der Bericht der Quotendeputation wird demnächst dem Reichsrat vorgelegt werden. —

### Abgeordnetenhaus in Ungarn.

Budapest, 23. November. In Beantwortung einer Interpellation betreffend das österreichische Einfuhrverbot vom Steinbrücker Vorkriegsministerium führte Ackerbauminister Daranyi aus, Steinbruch sei völlig intakt, er setze voraus, daß die österreichische Regierung die Vereinbarungen betreffend den Viehverkehr in lokaler Weise vollziehen werde; die ungarische Regierung werde hinsichtlich deren Ausbreitung jene Festigkeit belanden, welche das Land billigerweise von der Regierung fordert.

### Frankreich.

#### Komplottprosch.

Paris, 22. November. Der Präsident Fallières begann heute das Verhör des Präsidenten der antisemitischen Gruppe in Caen, Brunet. Dieser erklärte, er sei Revolutionär und gebe zu, gewaltthätige Maßregeln angegriffen zu haben, um die Regierung zu stürzen. Fallières verhöre sodann den Antisemiten Caillh, der erklärte, er habe sich an keinem Komplotz beteiligt, sondern nur die Juden bekämpft. Das Verhör der Angeklagten ist damit beendet.

Nachdem von einem der Anwälte Anträge eingebracht worden waren bezüglich der Reihenfolge, in welcher die Zeugen vernommen werden sollen, trat der Gerichtshof zu einer geheimen Sitzung zusammen, um über die Anträge zu beraten.

Der Staatsgerichtshof hat in der geheimen Sitzung beschloffen, einen Antrag auf vorläufige Haftentlassung Dubus und die Beschlässe, betreffend die Reihenfolge, in welcher die Zeugen verhört werden sollten, abzulehnen.

Paris, 23. November. Heute begann das Zeugenverhör. Als erster Zeuge wird der Arzt Durant, in Longoum wohhaft, vernommen. Derselbe sagt aus, ein Unbekannter habe ihn im Februar gefragt, ob er den Herzog von Orleans bei sich aufnehmen wolle. Die Verteidiger der Angeklagten und einige Senatoren richteten Fragen an den Zeugen. Die Antworten desselben sind wenig genau und rufen heftigen Lärm hervor.

In der weiteren Verhandlung wird als zweiter Zeuge der Polizeikommissar von Marseille vernommen. Er macht Mitteilungen über die verschiedenen Rundgebungen, die in dieser Stadt stattgefunden haben und erklärt, die Versammlungen der Patriotenliga seien auf Kosten der Royalisten abgehalten worden, wogegen die Angeklagten lebhaft Einspruch erheben. Der dritte Zeuge, der frühere Geschäftsführer der Patriotenliga, äußert sich in demselben Sinne. Die Sitzung wird dann unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprechen mehrere Zeugen über die Beziehungen Godefroys zur royalistischen Gruppe von Lille und über die Schritte, welche der Genannte that, um zu erfahren, ob die Royalisten in Lille stark genug seien, um sich der Präfektur zu bemächtigen. Die Verteidiger verlangen von den Zeugen zu wissen, woher sie ihre Kenntnis der Dinge haben; die Zeugen verweigern die Antwort. Andere Zeugen aus Lille erklären die Aussagen der ersten für unwichtig. Daraus wird die Sitzung aufgehoben.

Paris, 22. November. Der Kriegsminister wird den Kammern in Form eines Gesetzentwurfs folgende Umgestaltung des Militärstrafgesetzbuchs unterbreiten: 1. Zuständigkeit der gewöhnlichen Verbrechen für nichtmilitärische Rechtsvergehen in Friedenszeit. 2. Befugnis des Kassationshofes, Urteile des Kriegsgerichts zu cassieren. 3. Zulassung mildernder Umstände in Friedenszeit. 4. Betreffend gebührende Beratung der Kriegsgerichte. 5. Betreffend Zusammenstellung der Militärgerichte. —

#### Und der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 23. November. Bei der Beratung des Handelsbudgets beantragt Abbé Lemire, daß ein Arbeitsministerium geschaffen werde. Millerand stimmt dem Antrage zu, der durch Aussetzen und Eigenbleiben angenommen wird.

### Rußland.

Petersburg, 23. November. Das Erscheinen der radikalen Wochenchrift „Nuzki Trud“ ist auf Antrag des Reichskontrollrats, des Finanzministers und des früheren Ministers des Innern Gorenzkin dauernd verboten worden.

Besiecht hatte das radikale Blatt Ideen wie die des Jarenmanifests ernst genommen? —

### Afrika.

Aairo, 23. November. Oberst Wingate hat mit egyptischen Truppen die Derwische unter Ahmed Hedil, welche 2500 Mann stark waren, bei Abu Nil angegriffen und zerstreut. 460 Derwische sind gefallen.

### Partei-Nachrichten.

Zum Parteitage in Hannover nahm eine Parteiverammlung in Straßburg einstimmig folgende Resolution an:

„Die Verammlung beschloß einstimmig den Parteitag zu seiner Stellungnahme zum Militarismus, die jede Zweideutigkeit ausschließt. Die Verammlung erklärt ferner ausdrücklich ihre Zustimmung zu der Resolution Bebel, welche die Grundanschauungen der Partei aufs neue präzisirt hat und durch deren fast einstimmige Annahme der Parteitag die Sprengversuche von in- und außerhalb der Partei vereitelt hat.“

Die in Magdeburg angenommene Resolution lautet:

„Die heutige Parteiverammlung stellt sich in der Versteinfrage auf den Boden der in Hannover von den Delegierten mit überwältigender Majorität angenommenen Bebel'schen Resolution und billigt auch die übrigen Beschlüsse des Parteitages, namentlich insoweit sie die Stellung zum Militarismus betreffen.“

Einfache Zustimmungsbeschlüsse wurden noch gefaßt in Stettin, Rassel und Karlsruhe.

Gemeindewahlen. Einen bedeutenden Erfolg errangen unsere Parteigenossen bei den Gemeinderatswahlen in Graz (Steiermark). Im dritten Wahlkörper kamen alle fünf socialdemokratischen Kandidaten mit mehr als 100 Stimmen Vorkurs in die Stichwahl. Dem einen Kandidaten fehlten nur drei Stimmen an der absoluten Mehrheit. Gegen die vorige Wahl haben sich unsere Stimmen mehr als verdreifacht.

In Coswig (Anhalt) wurden unter 4 zu Wählenden 2 Parteigenossen in den Gemeinderat gewählt. In Unterhausen bei Gera waren 8 Mandate zu besetzen. Es wurden 3 Parteigenossen und 5 Gegner gewählt. In Rottbus werden ein oder zwei Genossen in die Stichwahl kommen. Unsere Stimmen verdoppelten sich hier.

Totenliste der Partei. Ein alter Kämpfer ist wieder aus unseren Reihen geschieden; der Genosse Stephan Heintzel in Kiel starb gestern früh nach längerem qualvollem Leiden. Der Verstorbene gehört zu den ältesten Parteigenossen Norddeutschlands. Er kam anfangs der sechziger Jahre als Schneidergeselle nach Hamburg und schloß sich dort sofort den Vorkämpfern an. Seit 1869 ist er in Kiel und hat dort immer in den vordersten Reihen gestanden. Er hat mehrmals zum Reichstage kandidirt und die Partei auch im Kieler Stadthaus von 1890 bis 1896 vertreten. An dem berühmten Freiburger Prozesse war er auch beteiligt und wurde dabei zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Eine zahlreiche Familie — 12 Kinder, von denen 7 noch unmiündig — betrauert in ihm den stets sorgenden Vater. Die Partei wird ihm stets ein treues Andenken bewahren.

Am dem Gemeinderate ausgeschlossen wurde, wie die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet, in Pölnick der Genosse Seige. Er soll sich danach seines Amtes unwürdig gemacht haben durch Verleumdung des Magistrats, wofür er mit sechs Monaten Gefängnis bestraft wurde und durch wissenschaftlich falsche Ausstellungen über die Verhandlungen des Gemeinderates. Das Urteil wurde vom Landesverwaltungs-Gericht gefällt. Man wird abwarten haben, wie sich die Angelegenheit in objektiver Darstellung verhält.







zu entkommen. Erst später ist er wieder ergrißen worden. Der Staatsanwalt betont, daß der Angeklagte auch von Amerika wegen Urkundenfälschung und Betruges verfolgt werde und seine Auslieferung in Aussicht stehe.

Den Patentanwalt Limar soll der Angeklagte um etwa 1400 bis 1500 M. betrogen haben. Der Zeuge Limar behauptet, daß der Angeklagte eines Tages in voller Uniform bei ihm erschienen sei, mit der Erklärung, daß er direkt vom Tempelhofer Felde komme, wo er im Gefolge des Kaisers einer Parade beigewohnt habe. Schienmangel sei dann mit dem Zeugen wegen Anmeldung seiner Erfindungen zur Patentierung in außerdeutschen Staaten in Verbindung getreten. Der Zeuge hat mehrere Geschäfte für den Angeklagten abgewickelt und die dadurch verursachten vorläufigen Kosten veranlagt. Der Angeklagte gab dafür als Ausgleich einen Wechsel, der allerdings später von ihm eingelöst wurde, aber erst dann, als Schienmangel durch den gegen Michalefski verübten Betrug in den Besitz von 5000 M. gelangt war. Der Angeklagte hat dem Zeugen bei Aufkündigung der Geschäftsverbindung vorgespiegelt, daß er demnächst durch Erbschaft in den Besitz einer großen Summe gelange, eine reiche Frau habe usw.; er hat ferner Schriftstücke aus den österrösischen, französischen und englischen Ministerien vorgelegt, worin ihm Aussicht auf Erfolg in Betreff seiner Erfindungen gemacht wird. Der Angeklagte hat damals so gebrochen, daß er geiprochen, daß die englische Sprache benutzt werden müsse.

Nachdem noch ein Agent Schneider vernommen war, den der Angeklagte um 1700 M. betrogen hat und der Kaufmann Michalefski, der durch die „Erfindungen“ um 5000 M. beschwindelt worden ist, vertagte der Gerichtshof die Verhandlung auf Freitagvormittag.

**Die Augsburger Kravalle vor Gericht.** Aus Augsburg wird vom vorgestrigen Tage berichtet:

Recht peinliches Aufsehen erregt der Transport der in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten. Paarweise aneinander gefesselt werden diese unter starker Wächterüberwachung nach Untersuchungsgesängnis durch die belebtesten Straßen der Stadt zum Gerichtsgebäude und von dort wieder den gleichen Weg zurückgeführt. Der merkwürdige Zug lockt natürlich eine Menge Neugieriger an. Verwundert bleiben die zahlreichen Passanten auf der Straße stehen und aus den Häusern fängen die Leute, um die „Schwerverbrecher“ in Ketten und Banden anzusehen. Gleich zu Beginn der Nachmittagsitzung kommt es zu einem recht interessanten Zwischenfall. Herr Rechtsanwält Bernstein erwidert das Wort, um Beschwerde darüber zu führen, daß in diesen Tagen der Schutzmann G. H. F. Fried, der in diesem Prozeß als Belastungszeuge auftritt, zu den von der Verteidigung benannten Entlastungszeugen sich begab, um sie auszufragen, was sie wissen, und sie zugleich zu warnen, in ihren Aussagen vorsichtig zu sein und nichts Unrichtiges auszusagen. Rechtsanwält Bernstein ersucht deshalb das Gericht, entsprechende Maßnahmen zur Vermeidung solcher Vorkommnisse zu treffen. Der Vorsitzende erklärt darauf, daß dem Gerichte von diesem Vorgange nichts bekannt sei. Der Verteidiger möge einen Antrag stellen.

Rechtsanwält Bernstein: Meine Sache ist es nicht, hier zu beantragen, welche Maßregeln das Gericht ergreifen soll.

Staatsanwalt Wilabel: Die Schutzleute sind von mir angewiesen worden, Erlundigungen einzuziehen, nachdem mir Zeugen erst sehr spät bekannt worden sind. Ich bin dazu berechtigt, nach § 245 der Strafprozeß-Ordnung. Aber die Schutzleute sollten keine Einwirkung auf die Zeugen verüben. Ich würde es sehr bedauern, wenn etwas dergleichen vorgekommen wäre.

Rechtsanwält Bernstein: Ich bin mit der Auslegung des § 245 der St.-P.-O., die der Herr Staatsanwalt gegeben hat, nicht einverstanden. Wir sind auch erst nachträglich Belastungszeugen genannt worden, ich würde aber auf keinen Fall einen meiner Entlastungszeugen beauftragen, einen Schutzmann auszuforschen, der Belastungszeuge ist.

Vorsitzender: Es ist Sache des Herrn Staatsanwalts, Erlundigungen einzuziehen.

Staatsanwalt Wilabel: Ich habe nur die Polizei allgemein in beauftragt, Erlundigungen einzuziehen. Ich würde nicht, daß dazu ein Schutzmann verwendet werden würde, der hier Belastungszeuge ist. Damit ist dieser Zwischenfall geschwiegen erledigt und es wird nun zum Verhöre der Angeklagten geschritten.

Dieses bietet bis jetzt keine hervorragenden Merkmale. Die meisten der bis jetzt vernommenen Angeklagten erklären, sie seien durch Zufall oder aus Neugierde an den Schauplay der stattgefundenen öffentlichen Zusammenrottungen gekommen. Einige von ihnen geben zwar zu, daß sie sich zu Widerstandshandlungen oder Verleumdungen haben hinreißeln lassen, doch seien sie hierzu durch das gewalttätige und rücksichtslose Vorgehen der Schutzleute provoziert worden.

**Polizeikampf gegen Socialdemokratie und polnische Sprache.** In Halle fand am 20. Mai 1898 eine Versammlung polnischer Arbeiter statt, in der nach der Absicht des Einberufers, des Parteigenossen Jajerski, in polnischer Sprache über die bevorstehenden Reichstagswahlen und über die Notwendigkeit der Arbeiterverbindungen verhandelt werden sollte. Der Gebrauch der polnischen Sprache war indessen verboten worden. Die Polizei beschloß, es solle durch die Benutzung des Polnischen die Ueberwachung vereitelt werden. Der Einberufer beschwerte sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten und klagte dann beim Oberverwaltungsgericht, indem er geltend machte, daß die polnische Sprache nur benutzt werden sollte, um den zahlreich vorhandenen Polen die Bedeutung der Reichstagswahl recht klar zu machen. Der Oberpräsident betonte in seiner Erwiderung, daß die Polizeiverwaltung in Halle einen Beamten, der polnischen Verhandlungen folgen könne, nicht zur Verfügung habe. Der Minister des Innern hatte mit seiner Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht der Regierungsrat Kauch betraut. Dieser Herr suchte nachzuweisen, daß hinsichtlich der Ueberwachung hätte insofern gemacht werden sollen. An der Versammlung hätten sich bekannte socialdemokratische Agitatoren beteiligt und es seien aufreizende Reden gehalten worden. Daraus sei zu schließen, daß man beabsichtigt habe, in der polnischen Sprache Reden noch aufreizenderen Inhalts zu halten. Man habe ungestört Unruhe und Erregung in die Arbeitermengen hineintragen und das zersetzende Gift (1) socialdemokratischer Lehren verbreiten wollen.

Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts hob jedoch den Bescheid des Oberpräsidenten und das darin aufrecht erhaltene Verbot der Polizeiverwaltung als unberechtigt auf und Präsident Persius führte begründend aus: Der Gebrauch einer fremden Sprache in einer Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollten, sei an und für sich nichts Rechtswidriges. Allerdings dürfe die fremde Sprache nicht nur deswegen gewählt werden, um das Ueberwachungsrecht der Polizei zu vereiteln. Der Senat vermißte aber hier im Gegensatz zu dem Herrn Vertreter des öffentlichen Interesses die für eine solche Annahme erforderlichen tatsächlichen Unterlagen. Was der Kommissar in der Beziehung ausgeführt habe, das genüge nicht. Der Wunsch nach dem Gebrauch der polnischen Sprache lasse sich vielmehr leicht anders erklären. Entweder sei den betreffenden Leuten diese Sprache geläufiger oder sie werde als Muttersprache von ihnen bevorzugt, auch wenn sie deutsch verstanden. Wenn der Kommissar gemeint haben sollte, daß die Polizeibehörde im guten Glauben gehandelt habe und im Rahmen des ihr zustehenden freien Ermessens geblieben sei, so sei darauf zu entgegnen, daß es sich hier nicht um die Anwendbarkeit des § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts handle, bei der das pflichtmäßige Ermessen der Polizei maßgebend sei. Hier handle es sich nur um die Anwendung des Vereinsgesetzes, und nach diesem wäre das Verbot nur dann berechtigt, wenn die polnische Sprache hätte gewählt werden sollen, um das Ueberwachungsrecht der Polizei zu vereiteln. Es würde einen Eingriff in das Versammlungsrecht der Preußen polnischer Sprache bedeuten, wenn man ihnen ohne weiteres den Gebrauch der polnischen Sprache verbieten wollte.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

**Achtung, Drechsler!** Zu Beginn dieser Woche haben in sämtlichen Alabasterwaren-Fabriken Berlins die Drechsler die Arbeit eingestellt. Die eigentliche Ursache hievon bildet das rigorose Auftreten der Unternehmer den Arbeitern gegenüber. Anstatt die äußerst ungünstigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern, gingen die „Herren“ vielmehr zu Verschlechterungen über. Die Durchführung von sanitären Einrichtungen in diesen Staub- und Giftbuden — die Luft ist stark mit Alabasterstaub, Wiener Kalk, Bestandteilen von Schmirseife und Säuren geschwängert — kam nirgends groß vom Flede. Differenzen wegen der zu zahlenden Accordsätze waren etwas alltägliches. Oftmals machte aber der Zusammenhalt der Kollegen, ihr Können und die Deutschen Holzarbeiter-Verbande, das Bestreben der Fabrikanten zu Schanden. Die Wut der Prinzipalität gegen die Organisation der Arbeiter steigerte sich dadurch natürlich immer mehr. Sie wollten denn auch mit den älteren in der Preisfrage bewanderten Leuten aufräumen und haben auch tatsächlich manchen Arbeiter aus der Werkstatt gegraut. Vor 14 Tagen hat man in zwei Werkstätten sogar zur Mahregelung zweier Vertrauensleute gegriffen. Durch die Vermittlung des Verbandes der Holzarbeiter wurde dann zwar die Angelegenheit beigelegt, es kam aber nicht zum Frieden. Die Unternehmer ließen es an verstellten Drohungen und oftmals auch an gerader Aussprache nicht fehlen. Nach ihrer Meinung und Meinung wollen sie „Herren in ihrem Hause“ bleiben und sich von den Arbeitern nichts diktieren lassen. Infolge dieser geradezu unerträglichen Situation kamen die Drechsler dann zur Stellung von Forderungen. Sie verlangten: Besserung der sanitären Verhältnisse, Anerkennung des Einheits-Tarifs, sowie Ausbündung desselben in der Werkstatt. Die Antwort der Fabrikanten gipfelte in einer achtstägigen Arbeitszeit, natürlich nur um Zeit für die Gewinnung anderer Arbeitskräfte zu gewinnen und Breche in die Reihen der Beteiligten zu schlagen. Bei einzelnen Kollegen wurde der Versuch gemacht, sie zum Bleiben zu bewegen, jedoch vergebens. Bis auf einen Mann stehen alle Drechsler im Ausstand. Die Kollegen ihm deshalb gut, wenn sie zur Zeit bei den in Betracht kommenden Arbeitgebern Habild u. Co., Sebalianstraße 61, Goldsämmt u. Co., Ritterstr. 44 und Raphael u. Fleischer, Prikerstr. 7, nicht in Arbeit treten, damit die Drechsler siegreich aus ihrem Kampfe hervorgehen.

Nachträglich sind nun auch noch mit den anderen in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern Differenzen ausgebrochen und zwar wegen der Zugehörigkeit zum Holzarbeiter-Verbande. Man will jedenfalls seitens der Fabrikpächter die in dieser Branche noch junge Organisation der Arbeiter gleich im Keime erschlagen. Jeder Arbeiter, ob Schleifer, Drechsler, Bandjäger, Schneider etc., soll sich unterchristlich verpflichten, dem Verbande fern zu bleiben.

Zum Zwecke der Orientierung und Klärung findet am Freitag, den 24. November d. J., abends 7 Uhr, im „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c, eine Versammlung statt, zu der auch die Arbeitgeber eingeladen sind. Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

**In Zehdenitz** haben die Metallarbeiter und Holzarbeiter der Maschinenfabrik Gustav Heinke die Forderung gestellt, statt der bisher 11stündigen Arbeitszeit eine solche von 10 Stunden einzuführen, unter Weiterzahlung des bisherigen Tagesverdienstes. Die Arbeiter (8 Mann) haben einstimmig die Kündigung eingereicht, weil die Forderung der Zahlung des bisherigen Lohnes abgelehnt wurde. Zur Kennzeichnung des Betriebes diene die Tatsache, daß jetzt „nur“ 14 Lehrlinge (bei 6 Gesellen) beschäftigt sind. Früher waren es schon 22 Lehrlinge bei derselben oder noch geringerer Zahl von Gesellen. Die Arbeiter bitten, den Zugang nach Zehdenitz fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

**Bei den Gewerbegerichts-Wahlen** in Dautzen siegte die Arbeitnehmerliste des Gewerkschaftsartells.

**Aus Aresfeld** wird uns geschrieben: Nachdem der Färberstreik beendet ist und die zum Zweck der Leitung desselben vom hiesigen Gewerkschaftsartell eingesezte Kommission ihrer Funktionen entbunden ist, sind künftig alle diesbezüglichen Zusendungen an die Geschäftsstelle der Zentrale des deutschen Textilarbeiter-Verbandes, Breiterstr. 24, zu Händen Peter Paulsen, zu richten.

### Ausland.

**Der angebliche Mord beim Streik am Simpson**, der auf eine unbedeutende Körperverletzung zusammenschimpfte, hat, wie nun festgestellt, mit dem Streik gar keinen Zusammenhang; es handelte sich dabei einfach um einen Streit wegen privater Dinge.

**Einen allgemeinen Ausstand** beschloßen die Pariser Schmiede in einer von 2000 Personen besuchten Versammlung. Die Berufsangehörigen der umliegenden Orte erklärten sich solidarisch.

**Demonstrationzug streikender Arbeiter.** Die streikenden Arbeiter von Audincourt waren, wie bereits kurz gemeldet, auf ihrem Zug nach Paris in Velfort angekommen und dort nicht in die Stadt gelassen worden. Es wurde ihnen die freie Rückfahrt nach der Heimat angeboten; sie lehnten dies jedoch ab und lagerten vor den Thoren der Stadt. Der Präsekt hat alle Annehmlichkeiten untersagt und die Urheber des Juges verhaften lassen. Wie der Telegramm meldet, schieden sich die Arbeiter an, nach der Heimat zurückzukehren.

Ueber die Ursachen des Streiks in Audincourt wird uns aus Paris noch geschrieben: Die Streikenden von Audincourt und Umgebung (Doubs-Departement) haben zu einem eigenartigen Kampfmittel Zuflucht genommen, das zuerst während des letzten Kreuz-Streiks in Vorschlag gebracht wurde. Sie wollen zu Fuß die Hauptstadt erreichen, um da entweder Arbeit zu suchen, oder von der Regierung die Entschädigung in den Konflikt zu ihren Gunsten zu erlangen. Das genannte Departement befindet sich seit mehreren Wochen in einer Streikbewegung, die etwa 10000 Arbeiter umfaßt. Wie in Kreuzot, sind es bisher ganz geknechtete, jener Organisation ermangelnde Arbeiterschichten. Zur Durchführung eines langdauernden Streiks fehlten ihnen die Mittel. Daher der eigenartige Zug nach Paris. Zunächst brachen etwa 1200 Arbeiter von Audincourt auf. Sie wurden jedoch schon bei Velfort vom Präsekten angehalten, indem ihnen willkürlich der Eintritt in die Stadt verweigert wurde, obgleich der Bürgermeister-Adjunkt für die Aufrechterhaltung der Ruhe bürgte. Außerdem hat die Regierung ebenso willkürlich beschloßen, den Zug nach Paris durch die militärische Abspernung der dahinsührenden Landstraßen zu verhindern. Der socialistische Abgeordnete Déjeante wird daher die Regierung interpellieren.

### Der Krieg.

**Völlige Klarheit über den Vormarsch der Ersatztruppen** von Durban aus ist nicht zu gewinnen. Es heißt, der Mangel an Kavallerie hindere den Ausbruch der Truppen. Anderes marschieren

**die Boeren gegen Pietermaritzburg.**

Aus Durban wird vom Mittwoch gemeldet: Die Freistaatsboeren sind auf dem Anmarsch von Westen her über Fort Kottingham (auf halbem Wege zwischen Estcourt und Pietermaritzburg). Sie zählen etwa 3000 Mann und führen Geschütze mit sich. Aus Mooi-River wird gemeldet, der Feind habe von Norden her ein Artilleriefeuer auf das dortige englische Lager eröffnet. Einige Granaten seien in das Lager gefallen, Verluste seien indessen bisher nicht vorgekommen.

Ein weiteres Telegramm aus Durban besagt:

Alle Berichte lassen erkennen, daß die Boeren in entschlossenem Gewaltmarsch auf Pietermaritzburg begriffen sind. Ihre größte Streitmacht, aus 7000 Mann mit Artillerie bestehend, befindet sich jetzt 25 englische Meilen von Howid entfernt. General Joubert führt den Oberbefehl.

**London, 23. November.** Am Mooi-Flusse, wo General Barton den Oberbefehl führt, stehen gegen 2000 Mann mit weißer Geschütze. Das gestrige Gefecht am Mooi-Fluss hat bewiesen, daß die Boeren haubigen mit sich führen, welche der britischen Artillerie überlegen sind. Bei Estcourt steht General Hildyard mit etwa 2000 Mann, diese beiden Heerkörper sind somit von der Basis, auf welcher General Clery die angekommenen Streitkräfte sammelt, abgeschnitten.

Die Verbindung mit Estcourt ist abgeschnitten; die dort stehenden Truppen, ebenso wie die bei Ladysmith stehenden unter General Whites Befehl sind völlig isoliert.

### Zum Entschluß von Kimberley

rückt im Südwesten des Orange-Freistaats die Division Lord Methuens vor. Sie soll bereits den Orangefluß überschritten haben, und es wird bei Belmont ein Zusammenstoß mit den Boeren erwartet. Eine Meldung des „Neuterischen Bureau“ vom dortigen Kriegesgebiet besagt: Die Boeren halten Belmont Station, Kapfirs Kop und die aufstehende Hügelreihe besetzt, eine Stellung, die sie bereits vor 14 Tagen innehalten, als sie mit einer Melognostrationsabteilung unter Oberst Gough ins Gefecht gerieten. Eine kleine Abteilung Lanciers, welche auf einem Patrouillenritt begriffen war, erlitt plötzlich Feuer. Drei Schrapnells fielen ganz nahe bei ihnen nieder, richteten aber keinen Schaden an, und die Patrouille kehrte unverletzt nach Orange-River-Station zurück. Sie hatte zwei Boerenlager beobachtet; offenbar haben die Boeren Verstärkungen erhalten; in Belmont haben sich Geschütze aufgefunden.

### Kampf um Mafeking.

**Pretoria, 21. November.** Der General Snyman berichtet von einem heftigen Kampf bei Mafeking, welcher am letzten Montag stattfand. Die Engländer feuerten heftig gegen Geschütze und Befestigungen der Boeren. Die Boeren beschossen die britischen Befestigungen mit gutem Erfolg. Auf Seiten der Boeren fiel ein Mann; der Verlust der Engländer ist nicht bekannt.

### Erhebung der Afrikaner.

Nach Privatnachrichten der „Standard and Diggers News“ in Pretoria steht eine allgemeine Erhebung der holländischen Farmer in Natal unmittelbar bevor; die Kolonial-Boeren in den Distrikten, welche für Territorien der Republik erklärt worden sind, haben sich den Boeren bereits angeschlossen.

**Kapstadt, 22. November.** Aus dem Norden der Kapkolonie sind hier einander widersprechende Nachrichten eingegangen, es besteht indessen kein Zweifel, daß eine beträchtliche Anzahl von Afrikanern sich dem Feinde angeschlossen haben. Aus Queenstown wird gemeldet, daß sich viele junge Leute aus Natal nach den Oranjer-Kittern in Dordrecht angeschlossen haben, um der Zwangsaushebung zu entgehen. Aus Eisehel verläutet, daß der Magistrat von Ladysmith auf Verlangen des Kommandanten der Boeren diesem die Schlüssel zu den städtischen Gebäuden übergeben habe. Man nimmt an, daß die Invasion der Boeren das Signal zu einer Erhebung der Eingeborenen gegen die Boeren bilden wird.

### Friedensstimmung?

Der „Times“-Korrespondent in Lourenço Marques meldet seinem Blatte: Ich hatte lange Unterredungen mit dem Transvaaler Hauptquartier Gregorowski und mit Dieperink, Mitglied des Ersten Volksraats. Sie schienen enttäuscht zu sein, daß keine fremde Macht die Boeren zu Hilfe gekommen ist, und sie gaben zu, daß das numerische Uebergewicht auf Seiten der Engländer schließlich seine Wirkung thun müsse. Sie gaben ferner der Hoffnung Ausdruck, daß die von dem Boerenheere bewiesene Tapferkeit Anerkennung finden werde, und hoben hervor, die englischen Gefangenen würden von den Boeren gut behandelt. Ich glaube, Gregorowski und Dieperink würden Friedensverhandlungen gern sehen.

### Letzte Meldungen.

**Röln, 23. November.** Die „Röln. Zig.“ meldet aus London: Die Kriegslage in Natal macht der Regierung ernste Sorgen. Es wird bereits eine weitere sechste Division mobil gemacht, zunächst nur zur Verfügung des Generals Buller, dessen Erscheinen man demnächst in Durban erwartet. Ueber die Einschließung der bei Mooi-River stehenden britischen Abteilungen besteht kein Zweifel mehr.

**London, 23. November.** Ein Telegramm aus Durban meldet, daß noch immer keine Nachrichten aus Estcourt eingetroffen sind. Den verschiedenen Gerüchten zufolge führen die Boeren eine Bewegung gegen Pietermaritzburg aus. — Am Mooi-River fand ein Scharmittel statt, daselbe dauerte drei Stunden, worin die Engländer die Offensive beobachteten. Die Boeren besitzen außer ihren fünfjährigen Geschützen auch eine Haubitze von fünf englischen Meilen Tragweite.

**London, 23. November.** Nach den letzten Meldungen nimmt die Aufstandsbeziehung der Afrikaner einen bedeutenden Umfang an. In Queenstown und Herrschel wirken die Boeren auf die englischen Untertanen in der Weise ein, daß dieselben in den Reihen der Oranjertruppen mitkämpfen sollen. Am Oranjerfluß haben die Boeren bereits ihre Regierung organisiert. Der Abgeordnete von Colesberg hat die Boerenregierung bereits anerkannt. — Aus Ladysmith wird gemeldet, daß die Engländer am 21. d. M. einen Ausfall verübt haben. Die Boeren begannen ein heftiges Artilleriefeuer und drängten die Engländer zurück; man meint, daß General White den Versuch hat machen wollen, sich mit den Engländern in Estcourt zu vereinigen.

**Durban, 23. November.** (Meldung des „Neuterischen Bureau“.) Die Boeren begannen heute früh 5 Uhr das Lager am Mooi-Fluss mit Granaten zu beschießen, die Engländer erwiderten das Feuer; die Geschütze der Boeren richteten keinen Schaden an.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Bremen, 23. November.** (W. T. V.) Auf der Welt der Aktiengesellschaft „Weber“ lief heute für den Norddeutschen Lloyd ein neuer Dampfer „Deli“ vom Stapel. Derselbe ist für die Fahrt zwischen Penang und Deli (Sumatra) bestimmt, die regelmäßig im Anschluß an die Reichspostdampfer der Ostasiatischen Linie stattfinden soll.

**Frankfurt a. M., 23. November.** (W. T. V.) Der „Frankf. Zig.“ wird aus Amsterdam telegraphiert: Aus Batavia wird gemeldet, 150 Aufreiter aus Bonganl Binang ermordeten zwei holländische Beamten und stekten fünf Häuser in Brand. Eine Kompanie des dritten Bataillons zerstreute die Aufreiter.

**München, 23. Novbr.** (W. T. V.) Freiherr v. Hertling hat sich nach Rom begeben, um beim Papste betreffs der Flottenvorlage, beziehungsweise der Stellungnahme des Centrums hierzu, anzuführen; die Verhandlungen sollen sich sehr in die Länge ziehen.

**Petersburg, 23. November.** (W. T. V.) Die Meldung von der bereits erfolgten Besetzung Serats wird dementiert. Wichtig sei nur, daß ein starkes russisches Detachement mit drei Batterien in nächster Nähe von Herat aufgestellt genommen habe, um für den Fall des Todes des Emirs die geeigneten Maßregeln zu treffen.

**Sofia, 23. November.** (W. T. V.) Die Sobranje nahm nach langer, lebhafter Debatte den Gesetzentwurf betreffend Abzüge von den Gehältern der Militär- und Civilbeamten im Prinzip an und bewies den Entwurf an eine Kommission. Das Gesetz soll erst am 1. Februar 1900 in Kraft treten.

**Kairo, 23. November.** (W. T. V.) Nach weiteren Meldungen hat Oberst Wingate viele Gefangene gemacht und eine große Menge Korn und Waffen erbeutet. Auf Seiten der Ägypter wurden drei Mann verumdet.



Reichstag.

107. Sitzung vom 23. November 1899, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Pöbbecke, Graf Posa-

domsky. Zunächst wird die Novelle zum Postgesetz in der Gesamt-

abstimmung, die noch ausgesetzt war, weil in dritter Lesung Änderun-

gen beschlossen waren, gegen die Stimmen der Freisinnigen und

eines Teils des Centrums angenommen. Es folgt die zweite Beratung der Novelle zur Gewerbe-

Ordnung. Artikel 1, I gestattet die unverzügliche Ausführung genehmigungs-

pflichtiger baulicher Anlagen trotz des Ausstehens des Bescheides der

Genehmigung auf Befehl des Amtsvorstehers. Die Gestaltung kann

von einer Sicherheitsleistung abhängig gemacht werden. Der Art. 1, I wird ohne Debatte genehmigt.

Desgleichen Art. 1, II, der die im Genehmigungsverfahren ver-

nommenen Sachverständigen zur Verschwiegenheit verpflichtet, und

Art. 2, der der Landesregierung das Recht giebt, Privat-

schlichtereien in Orten zu verbieten, für welche öffentliche Schlach-

thäuser in genügender Umfange vorhanden sind.

Es folgt sodann die Beratung der Anträge der Abg. Bebel

Mollenhuth, Pfannkuch und Reichhaus (Soz.), dem § 33 der

Gewerbe-Ordnung, der von der Konzessionspflicht bei Betrieb von

Gast- und Schankwirtschaften handelt, folgenden Zusatz zu geben:

Gast- und Schankwirte, die an einem und demselben Orte ihr

Gewerbe betreiben, dürfen in Bezug auf die Veranstaltung von

öffentlichen Lustbarkeiten (Tanzergänzungen) nicht ungleich be-

handelt werden. Wird für den Betrieb des Gast- und Schankgewerbes eine

Polizeistunde festgesetzt, so muß dieselbe für sämtliche Gast- und

Schankwirtschaften desselben Ortes die gleiche sein.

Abg. Pfannkuch (Soz.): Bei den Verhandlungen der letzten Tage ist es bei zwei

Gelegenheiten ausgesprochen worden, daß alle Staatsbürger gleich-

mäßig zu behandeln sind. Es ist aber eine offenkundige Thatsache,

daß von Seiten der Polizei den Gast- und Schankwirten gegenüber

einzelnen Gastwirtschaften sind durchaus verschieden. Will Herr

Bebel etwa auch für die Bahnhof-Restaurants die gleiche Polizeistunde

wie für andere Lokale, oder sollen etwa auch die Wiener Cafés um

11 Uhr schließen? Herr Frohne scheint dem zuzustimmen (Heiter-

keit); ich kann aber diese Konsequenzen nicht ziehen, und daher ist

für mich der Antrag unannehmbar, und ich glaube, daß auch meine

politischen Freunde dagegen stimmen werden. Auch für ländliche

und städtische Gemeinden z. B. müßte doch die Polizeistunde ver-

schieden gehandhabt werden. Daß heute zum Teil eine ungerichtete

Handhabung der polizeilichen Bestimmungen stattfindet, wollen wir

übrigens durchaus nicht leugnen.

Abg. Dr. Pannicke (fr. Bg.): Auch meine Freunde können sich nicht für den Antrag Bebel

ausprechen. Nicht ungleich behandeln würde bedeuten, alles gleich

schablonenhaft behandeln und das geht doch nicht an. Wenn in

einem Dorfe zwei Sträße sind, von denen dem einen die Tanz-

erlaubnis erteilt wird, so müßte nach dem Antrag Bebel der andere

Sträßchen auch das Recht haben, eine Tanzlustbarkeit zu ver-

anstalten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dazu reicht

ja das Menschenmaterial nicht aus. (Widerspruch bei den Social-

demokraten.) Bei einer gleichen Polizeistunde würden nur die

Amierrkneipen den Vorteil haben.

Gesamrat Caspar erklärt sich gegen den Antrag Bebel. Eine gleiche Behandlung ist

unmöglich. Der Sinn des Antrages Bebel kann doch nur sein, daß

er eine gerechte Behandlung verlangt, und das zu sagen in einem

Gesetze ist überflüssig. (Lachen links.) Herr Bebel beschwert sich über

die ungleiche Behandlung der Kneipen in den einzelnen Vierteln

Berlins, die ich für ganz gerecht halte; die einzelnen Stadtteile

bilden in sich abgeschlossene Viertel. In den Vierteln, wo die

Arbeiter wohnen, die jetzt aufstehen und früh zu Bett gehen, ist

eine lange Polizeistunde unumgänglich. Andererseits müssen in der

Friedrichstadt Lokale länger geöffnet sein, damit z. B. die aus der

Oper kommenden Leute noch spät abends etwas zu essen erhalten

können. Abg. Czuma (C.) erklärt sich gegen schablonenhafte Regelung

im Hinblick auf die ganz verschiedenartigen Verhältnisse in den

Städten und auf dem Lande. Abg. Jubel (Soz.): Die Arbeiter brauchen keine Bevormundung.

Wenn die Herren Junker nicht so viel Schnaps brennen würden, würden die Arbeiter

nicht so viel trinken können. In Köpenick wird für die Tage, an

denen die Socialdemokraten eine Versammlung abhalten, die Polizei-

stunde herabgesetzt, an den übrigen Tagen bekommt der Wirt wieder

volle Konzession. Wenn der Regierungsrat Caspar einmal Gastwirt

werden sollte (Heiterkeit), er würde bald von dem Besaherwegweg

kurziert werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Es

herzhaft eine Willkür bei dieser Polizeiaufsicht. Ich selbst

bin wegen einer solchen Behauptung angeklagt gewesen,

aber freigesprochen worden. Die Polizeivillkür ist vom Gericht

konstatirt worden. Die Polizeistunde ist in derselben Strafe, also

in ein und demselben Viertel, verschieden. Es giebt in einem Bezirk

Polizeistunden bis 2, 1 und 12 Uhr. Die politisch anrühigen Wirt

aber haben nur bis 11 Uhr Erlaubnis. Das nennt sich dann Ge-

rechtigkeit. Die Trunksucht ist meines Erachtens in bürgerlichen

Kreisen ebenso verbreitet wie in Arbeiterkreisen. Der Gastwirt zahlt

schwere Steuern, sein Geschäft ist nicht leicht. Man sollte ihm den

Verdienst nicht rauben, wenn noch ein paar Gäste kommen. Es

giebt auch Arbeiter, die abends nach 11 Uhr noch das Bedürfnis zu

körperlicher Stärkung haben, z. B. wenn Sie aus der Fortbildungs-

schule kommen. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Beifall

bei den Socialdemokraten.) Geh. Ober-Regierungsrat Caspar:

Ich bin nicht so informiert über die Polizeistunden in den ver-

schiedensten Vierteln. Wenn in der Minusstraße einige Lokale um 11

Uhr schließen müssen, so weiß ich das nicht, vermute

aber, daß gewichtige Gründe hierfür vorhanden sein müssen. (Große

Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wie soll denn der Vorschlag

der Herren praktisch durchgeführt werden? Wollen Sie sich hier im

Reichstage beschwerden, wenn eine einzelne Polizeibehörde nach Ihrer

Mehnung partiell vorgeht? Abg. Stadthagen (Soz.): Diejenigen Wirt,

die zu vernünftigen Stunden, also zu social-

demokratischen Versammlungen ihr Lokal hergeben (Lachen rechts), werden

auf Polizeistunde gesetzt. Das kann von keiner Seite bestritten

werden. Es ist das so weit gegangen, daß über ein Lokal, wo

Socialdemokraten eine Versammlung abhielten, nur für den Abend

die Polizeistunde verhängt wurde. (Hört! hört!) Das hat das Ober-

Verwaltungsgericht allerdings nicht mitgemacht. Er hat erkannt, daß

eine derartige Verfügung im Widerspruch zu dem haren Wortlaut

der preussischen Verfassung steht: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze

gleich.“ — Die Wohlhabenden halten ihre Tanzgesellschaften in

Privatlokalen ab, die minder Wohlhabenden sind auf öffentliche Tanz-

lokalitäten angewiesen. Wir verlangen, daß die Wirt in

Bezug auf die Tanzkonzession gleichgestellt werden. Eine

Ungleichheit aber ist schon hergestellt, wenn landesgesetzlich der Polizei-

gestattet ist, öffentliche Tanzergänzungen zu verbieten, abgesehen

von sicherheitspolizeilichen Gründen. Der Widerspruch des Herrn

Abg. Pannicke gegen diesen Teil unseres Antrages ist mir nicht

ganz verständlich. Sollte die Fassung unseres Antrages nicht ganz

einwandfrei sein, so behalten wir uns vor, bis zur dritten Lesung

eine bessere vorzuschlagen.

Was nun die Polizeistunden anlangt, so scheint der Herr

Regierungskommissar nicht zu wissen, daß es hier in Berlin ganze

Bezirke giebt, wo alle Lokale mit gewissen Ausnahmen der Villkerei

und der Unbilligkeit Vorbehalt leisten. Ich erinnere an die Gegend der

Wassertränke mit den „Junggesellenheimen“ und dergleichen. Die

anständigen Arbeiterlokale müssen um 11 schließen, die Cylinder-

Destillen der Friedrichstraße, die Wars etc. bleiben bis 4, 5 Uhr

morgens auf. Die Polizeistunde nützt an sich nichts, die Villkerei

und Unbilligkeit einzuschranken. Wir würden die Aufhebung der

Polizeistunde beantragen, wenn für einen solchen Antrag Aussicht

auf Annahme vorhanden wäre. Denn offenbar veranlaßt gerade die

Polizeistunde manche Wirt, in ihrem Lokal die Unbilligkeit zu

fordern! Ihr Verdienst ist in der beschränkten Zeit zu gering, und

deshalb suchen sie ihn durch unlautere Mittel zu erhöhen. Wir

sürchten aber, daß die Polizeistunde so lange bestehen bleiben wird,

bis die letzte Stunde der Polizei geschlossen hat (Heiterkeit) und

haben uns deshalb zu unserem Antrag entschlossen, der durch Ein-

führung einer bestimmten Regel die Polizeivillkür beseitigt. (Beifall

bei den Socialdemokraten.) Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.):

Die Erlaubnis zu Tanzlustbarkeiten, die Verlängerung der

Polizeistunde wird in der That oft in recht willkürlicher Weise

gehandhabt. Sehr häufig spielen politische Motive dabei mit. Ich

erinnere an die Saalabteilungen bei den Bahnen, unter denen nicht

nur die Socialdemokraten, sondern auch die Freisinnigen zu leiden

haben. Zugeben muß ich aber, daß die Fassung des social-

demokratischen Antrages nicht einwandfrei ist. Das hindert uns

aber nicht, für den Antrag zu stimmen. Bis zur dritten Lesung

wird sich hoffentlich eine neue bessere Fassung finden lassen.

Abg. Dr. Pannicke (fr. Bg.): Daß Ungerechtigkeiten vorkommen, ist nicht zweifelhaft. Strittig

ist die Fassung des Antrages, die es uns unmöglich macht, für ihn

zu stimmen. Der Abgeordnete Stadthagen erinnerte an den Ver-

fassungsgrundsatz, daß jeder Preuze vor dem Gesetze gleich sei.

Dieser Grundsatz hindert aber nicht, daß verschiedenartige Verhält-

nisse verschiedenartig behandelt werden. Nur Gleiches kann gleich

behandelt werden. Vielleicht ändert die Socialdemokratie den Antrag

ab nach der Richtung, daß es heißt: Wirtschaften desselben Ortes

und derselben Art sollen in Bezug auf die Polizeistunde gleich be-

handelt werden. Daß mehr wie bisher mit gleichem Maße gemessen

werden möge, wünschen wir selbstverständlich auf das lebhafteste.

Abg. Pfannkuch (Soz.): Der Vorschlag des Abg. Pannicke, betreffs der Worte „der



Abg. Köstke (liberal):

Auch ich halte diese Bestimmung für sehr bedenklich, da in der That die Gefahr vorliegt, daß die Konzessionserteilung von der politischen Stimmung abhängig gemacht werden wird...

Abg. Dr. Hitze (L.):

Meine politischen Freunde stehen auf dem Boden der Vorlage. Wir halten die Konzessionspflicht dieser Gewerbe für geboten im Interesse des Schutzes der Arbeiter gegen die Ausbeutung durch gewissenlose Gefindevermieter und Stellenvermittler.

Abg. Wolfenbühler (Soz.):

Es wird von allen Seiten, auch von uns, anerkannt, daß es unter den Stellenvermittlern unlautere Elemente gibt; es ist aber bisher noch nicht der Nachweis erbracht worden, daß dieser Mißstand damit zusammenhängt, daß die gewerbmäßigen Stellenvermittler bisher nicht konzessionspflichtig sind...

Bei den Debatten im preussischen Landtag über die Leutenot erklärte der Herr Landwirtschaftsminister v. Hammerstein, daß in der nächsten Zeit die Gewerbe-Ordnung in der verlangten Weise abgeändert werden würde...

Abg. v. Salisch (L.):

Es ist ein Gebot der Vorsicht, Leute, von denen man alles Schlimme erwarten kann, nicht erst in eine so verantwortungsvolle Stellung hineinzulassen. Nach der Logik des Herrn Vorredners könnte man jeden Fortschritt zum Guten verhindern...

Abg. Wolfenbühler (Soz.):

Die Motive führen nur an: so und so viel Leute sind bestraft worden, hätten also die Konzession nicht erhalten, wenn die Konzessionspflicht schon früher bestanden hätte...

Der Antrag Fischbeck wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt, Art. 3 Abs. in der Kommissionsfassung angenommen.

Artikel 3, II lautet: „Der § 34 Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung wird wie folgt abgeändert: Die Bestimmungen über das Pfandrecht-Gewerbe gelten auch für den gewerbmäßigen Verkauf beweglicher Sachen mit Gewährung des Rückkaufsrechts...“

Auf Anregung des Abg. Fannluch (Soz.) erklärt Geheimrat Werner: Wenn der Antrag das Pfand auf den Namen seines Auftraggebers verlegt, ist er „Vote“; befragt er dies aber auf seinen eigenen Namen, dann ist er „Vermittler“.

Abf. II des Artikels 3 wird hierauf debattelos in der Kommissionsfassung angenommen.

Abf. III des Artikels 3 lautet: Im ersten Satze des § 35 Abs. 3 der Gewerbe-Ordnung (§ 35 enthält die Fälle, in welchen die Ausführung eines Gewerbes zu unterliegen ist, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden in Bezug auf diesen Gewerbebetrieb darthun) werden nach den Worten „schriftliche Aufträge“ die Worte „von der gewerbmäßigen Konzessionserteilung und der gewerbmäßigen Anstellung von Ermittlungen oder Erhebungen für andere“ eingeschaltet und die Worte „von dem Geschäft eines Gefindevermieters und eines Stellenvermittlers“ gestrichen.

Abg. Bebel (Soz.) beantragt, aus der Kommissionsfassung die Worte „und der gewerbmäßigen Anstellung von Ermittlungen oder Erhebungen für andere“ zu streichen. Es liegt die Gefahr vor, daß die Bestimmungen als Handhabe zum Vorgehen gegen die Arbeitersekretariate benutzt werden, die geschäftsmäßig Auskunft erteilen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Es ist ganz selbstverständlich, daß solche Auskunfteien nur dann unter diese Vorschrift fallen, wenn sie gewerbmäßig sind. Wenn solche Auskunfteien gewerbmäßig erteilt werden, ist Grund zur Vorsicht vorhanden. Werden solche Auskunfteien von unzuverlässigen Personen und aus unlauteren Motiven erteilt, so müssen die Auskunfteiler parallel mit den Detektivbüros behandelt werden.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich bin durch die Erklärung des Herrn Staatssekretärs in meiner Ansicht bestärkt worden. Als gewerbmäßig kann die Auskunftserteilung angesehen werden, wenn sie regelmäßig auch ohne direkten Vorteil für den Auskunftserteiler erfolgt. Einem Parteigenossen von mir in Rürnberg ist die Vertretung vor dem Unfall-Schiedsgericht unterzogen worden, weil er ständig Antragsteller vertrete. Unser Mißtrauen ist gerade dadurch erregt worden.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Herr Bebel muß zwischen geschäftsmäßigen und gewerbmäßigen Betrieb unterscheiden. Ein gewerbmäßiger Betrieb setzt die Absicht auf Gewinn und Lohn im einzelnen Falle voraus. Erfolgt die Auskunftserteilung geschäftsmäßig aus socialpolitischen Gründen, so kann sie nie unter diese Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung fallen.

Abg. Köstke (lib):

Weist auf die großen Auskunfteien hin und glaubt, daß es im Interesse auch der Geschäftswelt liege, wenn der Antrag Bebel angenommen würde.

Abg. Dr. Hitze (L.):

Wir haben auch solche Volksbüros, wo Beamte angestellt sind, die socialpolitische Auskunft erteilen. Alle derartigen Einrichtungen dienen einem gemeinsinnigen Zweck, sind nicht gewerbmäßig und fallen daher nicht unter diese Bestimmungen. Gerade im Interesse der Geschäftswelt liegt es, wenn die Worte im Abf. III nicht ge-

strichen werden. Die Industriellen müssen eine Garantie haben, daß sie nicht erschwindelte Auskunft erhalten.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Wenn sich die Auskunfteien auch noch so viel Mühe geben, so wird es sich doch nicht vermeiden lassen, daß sie in einzelnen Fällen danebenhaken. Wenn da nun sofort eingeschritten werden darf, wird mehr Schaden wie Nutzen angestiftet. Durch die Annahme dieser Bestimmung wird jede Auskunft von vornherein als unzuverlässig hingestellt.

Geht. Rat Werner:

Es wird immer zu erwägen sein, ob die Auskunfteien frivol oder gewissenhaft handeln. Wo sich unzuverlässige Auskunfteien aufthun, muß man einschreiten können.

Abg. Bebel (Soz.):

Weist darauf hin, daß der strittige Satz zuerst gar nicht in der Regierungsvorlage gestanden hat. Deshalb sich also die Regierung so sehr auf den Satz versteift, verstehe ich nicht. Ich kann Ihnen einen Fall erzählen, der die von mir geäußerten Bedenken rechtfertigt. In Obereschlesien ist ein Mann von uns, der Auskunft erteilt hat, angeklagt worden wegen unbefugten Gewerbebetriebes. Er ist schließlich freigesprochen worden, daß er aber schon solche Scherereien durchmachen mußte, ist Grund genug für die Annahme meines Antrages.

Die Diskussion schließt hiermit. Der Antrag Bebel wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, der Kommissionsantrag unverändert angenommen.

Die Nr. IV des Artikels 3 enthält weitergehende Beschränkungen des Gewerbebetriebes der Pfandleiher, Gefindevermieter, Stellenvermittler und Auktionsatoren. Insbesondere kann den Gefindevermietern und Stellenvermittlern die Ausübung des Gewerbes im Umherziehen, sowie die gleichzeitige Ausübung des Gast- und Schankwirtschafts-Gewerbes beschränkt oder ganz untersagt werden.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

beantragt die Streichung der Worte: die Ausübung des Gewerbes im Umherziehen. Er weist darauf hin, daß diese Stelle erst in den Paragraphen hinzugekommen ist nach der großen Debatte über die Leutenot im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Vorchrift stelle einerseits die Freiwilligkeit in Frage, schädige andererseits auch Arbeiterinteressen und solche des Gefindes, da es diesen dadurch erschwert werde, bessere Stellen zu erlangen.

Abg. Certeil (L.):

Die Linke und äußerste Linke führt jetzt zum zweitenmal an, daß die Bestimmungen zuerst nicht in der Regierungsvorlage gestanden haben, also nicht angenommen werden brauchten. Das ist, von dieser Seite vorgebracht, etwas verwunderlich. Die Anträge in der Kommission waren durchaus nicht bloß eine Folge der Leutenot-Debatte. Die Bestimmung soll dem Umwesen der Stellenvermittlung steuern, sie liegt ebenso im Interesse der Arbeitgeber, wie der Arbeiter auf dem Lande.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

bleibt dabei, daß die Bestimmung rein agrarischen Ursprungs sei. Schaden würden z. B. die Regler haben, die sich im Sommer in andern Bundesstaaten lohnenderen Verdienst suchen und diesen durch Vermittler, welche ihr Gewerbe im Umherziehen betreiben, finden.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Wir auf unserer Seite gehören nicht zu den Gegnern des Hausiergewerbes an sich, aber in diesem besonderen Falle wird jeder die Bestimmung annehmen, der auf dem Lande wohnt. Unter den Stellenvermittlern, die die Arbeiter mit lächerlichen Vorschlagungen vom Lande fortloden, leiden hauptsächlich die bayerischen Weiber. Die Stellenvermittlung im Umherziehen ist überhaupt überflüssig. Auch die Leute auf dem Lande lesen in den Zeitungen die Stellenangebote.

Abg. Dr. Certeil (L.):

stellt fest, daß die Bestimmung in der Kommission nicht von „Agrariern“, sondern von dem Richtagrarier Dr. Hitze beantragt worden sei.

Abg. Dr. Hitze (L.):

Der Antrag stammt von mir und ich hatte dabei in erster Linie die Interessen der Arbeiter im Auge, die ich vor trügerischen Vorschlagungen schützen wollte. Es ist nicht gut, wenn die Leute gegen die Arbeitgeber aufgebracht und von ihnen fortgelodt werden, von Leuten, die nur ihr Geschäft dabei machen wollen. Hiermit schließt die Diskussion.

Der Antrag Fischbeck wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Socialdemokraten abgelehnt, die Ziffer IV des Artikels 3 nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen. Das gleiche geschieht bei den Ziffern V und VI, sowie beim Artikel 4.

In Artikel 4a soll auf Antrag der Kommission ein § 41 b eingeschaltet werden, wonach auf Antrag von mindestens 1/3 der beteiligten Geschäftsinhaber für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt werden kann, daß in Barbier- und Friseurgeschäften an Sonn- und Festtagen ein Geschäftsbetrieb nur soweit stattfinden darf, als eine Beschäftigung von Gesellen oder Lehrlingen gestattet ist.

Abg. Bebel (Soz.):

beantragt, die Bestimmung dieses Antrages ohne Rücksicht auf die drei Drittel-Mehrheit obligatorisch zu machen. Er weist darauf hin, daß seit 7 Jahren diese Forderungen von allen Korporationen aufgestellt worden sind und daß ihm, als dem Urheber des Antrages, auf dem letzten Verbandstage eine Zustimmungsadresse zugesandt worden sei. Das sei bei selbständigen Meistern einem Socialdemokraten gegenüber ungenügend, beweise aber auch die Notwendigkeit der gesetzlichen Regelung. Er bitte die weitergehende Form seines Antrages zum Beschlusse zu erheben.

Abg. Dr. Hitze (L.):

Der Zweck, den wir erreichen wollen, wird auch durch den Kommissionsbeschluß erreicht. In dem Antrag Bebel, der einfach dekretieren will, werden vielleicht manche eine unnötige Belästigung empfinden. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Geheimrat Werner:

erklärt sich gegen den Kommissionsantrag wie gegen den Antrag Bebel. Wir haben Bedenken, eine Frage hier in die Gewerbe-Ordnung zu bringen, die wir bei der Regelung der Sonntagsruhe besser erledigen können. Trotz der Wünsche der Majorität der Gewerbetreibenden liegt hier zu einem Eingreifen der Gesetzgebung kein Bedürfnis vor. Ich kann das auf Grund eigener Erfahrungen sagen. Ich habe eines Sonntags eine Reise durch Berlin W., das Hansviertel, Noabit und den Wedding gemacht und fast überall die Barbierläden geschlossen gefunden. In einem offenen Laden traf ich die Geschäftsfrau an, sie sagte mir, ihr Mann schlafte, die Junge verbiete das Rasieren, aber sie wolle ihren Mann wecken. Ich hat sie, davon Abstand zu nehmen. Auf dem Wedding fand ich einen Barbier vor dem offenen Laden, wie er mit seinen Kindern spielte. Er wollte mich auf meine Frage hin nicht barbieren. Ich fuhr dann nach Köpenick, aber auch dort fand ich keinen Barbier (Heiterkeit), und so kam ich im Dunkel der Nacht unraffert nach Berlin zurück. (Große Heiterkeit.) Im Barbiergewerbe liegen die Verhältnisse günstiger als in anderen Gewerben, besonderer Schutz thut ihm nicht no. Die Frau kann im Barbiergewerbe viel helfen und sie thut es auch, führt als Witwe häufig das Geschäft fort. Wo findet sonst die Witwe so leicht einen Ersatzmann, der die Arbeit ihres Mannes verrichtet? (Große Heiterkeit.) Ich bitte Sie, den Antrag der Kommission wie den Antrag Bebel abzulehnen.

Abg. Wassermann (natl.):

Der Herr Regierungskommissar hat nur das dringende Bedürfnis bestritten, aber nicht nachgewiesen, daß irgend welcher

Schaden durch den Vorschlag der Kommission herbeigeführt wird. Die Interessenten halten die Bestimmung geradezu für dringlich. Haben sich die Meister doch sogar an den Abg. Bebel gewandt, dessen Vorschlag jedoch zunächst wohl zu weit geht.

Geht. Neg. Rat Werner:

Man ändert doch ein Gesetz nicht auf Wunsch der Interessenten, wenn diese gar kein Material für die Begründung ihres Wunsches beibringen.

Abg. v. Salisch (konf.):

In den Beschlüssen der Kommission liegt meiner Ansicht nach ein Kaufsein für die Sonntagsruhe. Bewährt sich dieser Weg, so werden wir auf ihm weiter schreiten. Die Barbier haben so intensiv, so anhaltend gefordert, daß das Bedürfnis wohl dringend sein muß. Daß das Uebel vorhanden ist und als drückend empfunden wird, beweisen die Petitionen. Ich für meine Person und zahlreiche meiner politischen Freunde wären schon heute ohne weiteres bereit, für den Antrag Bebel zu stimmen, aber der Vorschlag der Kommission ist ein Kompromißvorschlag und wir wollen uns zunächst auf seinen Boden stellen.

Abg. Bebel (Soz.):

Grade die Erfahrungen, die der Herr Regierungsvortrager auf seiner Barbierreise (Heiterkeit) gesammelt hat, sprechen für meinen Antrag. Wenn er dabei nur zwei Geschäfte angezogen hat, die geöffnet waren, und wenn in dem einen der Meister schlief, in dem andern nichts zu thun war, so ist das der beste Beweis, daß unser Antrag vollständig am Platze ist. Der Vorschlag der Kommission, es auf zwei Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber ankommen zu lassen, ist in diesem Falle ganz überflüssig. Sie machen den Leuten nur überflüssige Arbeit. Sollte aber unser Antrag abgelehnt werden, so werden wir selbstverständlich für den Kommissionsantrag stimmen.

Abg. Raab (Antif.):

Herrn Bebel ist, wie ich gehört habe, von seiten der hannoverschen Barbier ein Dankschreiben zugegangen, weil Herr Bebel seiner Zeit versprochen hatte, für die Interessen der Barbier einzutreten. Nun dieses Dankschreiben ist wohl etwas verfrüht abgehandelt worden, denn ich habe in der Kommission fortwährend vergeblich auf Anträge des Herrn Bebel im Interesse der Barbier und Friseure gewartet. Als dann ein Antrag gestellt wurde, ging er von Herrn Hitze aus und trug keine socialdemokratischen Unterschriften.

Abg. Bebel (Soz.):

Ich bedauere sehr, daß das Dankschreiben nicht an die Adresse des Herrn Raab gelangt ist (Große Heiterkeit), ich habe durchaus nicht etwa darum gebeten. Ich war im Gegenteil sehr überrascht durch dasselbe und habe es auch gar nicht erwartet, da ich durch mein Eintreten für die Barbier nur meiner Pflicht als Volksvertreter zu genügen glaubte, die Vorschriften über die Sonntagsruhe möglichst vollkommen zu gestalten. Daß ich keinen besonderen Antrag in der Kommission stellte, lag daran, daß ich sicher war, ein solcher würde von anderer Seite gestellt werden, wie es auch geschehen ist.

Abg. Raab (Antif.):

Daß Herr Bebel nicht um das Dankschreiben erucht hat, glaube ich schon, Thatsache ist, daß die socialdemokratische Presse mit diesem Dankschreiben politische Geschäfte zu machen versucht hat. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Herr Bebel hat ja auch selbst die Thatsache hier schamlos erwähnt. Ich bin gewiß nicht unbescheiden, aber ich meine doch, daß in diesem Falle die hannoverschen Barbier ihren Dank lieber an Herrn Hitze oder auch an mich hätten richten können. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Die Socialdemokratie wird jedenfalls dieses Dankschreiben benutzen, um damit zu beweisen, wie weit socialdemokratische Anschauungen in die Kreise des selbständigen Handwerks eingedrungen sind und auch in dem Bericht über die heutige Debatte wird ja sicher die ganze socialdemokratische Presse wieder darauf aufmerksam machen. Damit schließt die Diskussion. Der Antrag Bebel wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und einiger Freisinnigen abgelehnt; Artikel 4a in der Kommissionsfassung mit großer Mehrheit genehmigt. Ebenso ohne Debatte Artikel 5.

Hierauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. Fortsetzung der zweiten Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle.)

Marktpreise von Berlin am 21. November 1899

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Roggen, Butter, Eier, etc.

\*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preiss. Landwirt. Schatzkammer - Notierungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Toppel-Centner. †) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 23. November. Auf dem Getreidemarkt zeigte sich heute unbedeutende Auflockerung; die Beteiligung wird täglich geringer und ein Rückgang der Preise für Brotgetreide wurde heute nur durch verhindert, daß aus Amerika etwas festere Weidungen vorlagen...

am Spiritusmarkt wurde der loco bei gesteigerter Kaufkraft und geringer Zufuhr 0,50 M. besser bezahlt und stellte sich auf 47,80. Termine blieben still.

Kartoffelmarkt. Rendite Kartoffelstärke 10,50 M. In reine Kartoffelstärke disponibel und Dezember-Januar 19,75-20 M. In Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 19-19,25 M. per 100 Kilogramm.

Eier-Versch. vom 23. November. Normale Eier je nach Qualität von 3,75-3,90 M. per Schock. Ausfortierte keine Eier je nach Qualität von 2,70-2,75 M. per Schock. Ralleier je nach Qualität von 3,40 M. per Schock. Tendenz: Niedr. fest.

Witterungsüberblick vom 23. November 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Station, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Stationen, Barometer, Wind, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag.

Wetter-Prognose für Freitag, den 24. November 1899. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Nieselregen und ziemlich frühem westlichen Winden. Berlin Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

Wiedhaben. Die angelegte Gottesschlagerungen, die Stadt. Dr. P r e u ß in der Stadtverordneten-Versammlung vom 26. Oktober begangen hat, lauten: 1. Befehl zu keine Wege und alles, was sich kränkt, der allertreulichsten Pflege des Reichthums, der leut. 2. Se. Excellenz hat's gegeben, Se. Excellenz hat's genommen, der Name Sr. Excellenz sei gelobt.

G. S. G. Abg. Schmidt wohnt Frankfurt a. M., Dreieckstr. 62. Schreiben Sie ihm eine Zeile wegen Einlasskarte zum Reichstag.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Freitag, 24. November.
Opernhaus. Fidelio. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schanzspielhaus. Schlaraffenland. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Ein Frühlingssopha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Die Herren Söhne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Capriccio. Anfang 8 Uhr.
Reneb. Ein unbeschränktes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Jagdfreuden. Vorher: Der Herr Gegenandidal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Rosly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Weisheit. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiss. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtsches. Ein geistiger Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Chamomille. Anfang 8 Uhr.
Belle. Alliance. Gastspiel des Schillertheaters. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Frau Luna. Specialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Sinfonie im Bade. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Passage. Panoptikum. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Hrania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.
Laudenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Cyprienne.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Cyprienne.
Sonntag, abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.

### Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurterstr. 132.
Zum letzten Male: Der Weltuntergang.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Rinder.
Vorstellung: Dorndöckchen.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Gastspiel d. russ. Hofchauspielerinnen Ellab. G. o. r. e. w. a.: Johanna von Casilien.

### Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73.
Der Platzmajor.
Thomas, Thiescher, Helmold, Junkermann.
Im 2. Akt: Dr. Rastoff's Terzett.
Sonnabend: Der Platzmajor.
Sonntag, den 26. d. M.: Einmalige Aufführung: Der Millionenerbauer.

### Metropol-Theater.

Cobrenstr. 55/57. Dir.: Rich. Schultz.
Mlle. Miéte.
Carmen Rocas.
Georg Kaiser.
Familie Klein.
Tartakoff.
Cabaret.
Mary Wolf.
Die Piccolos.

### Rund um Berlin.

Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7 1/2 Uhr.
Sonntag, 26. Novbr. (Totensonntag): Einmal.
Gastspiel d. Signorina Prevosti.
Der Troubadour.
Leonore: Signorina Prevosti.

## Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: „Der Sieg des Menschen über die Natur.“
Hörsaal: Dr. Spies: „Die Gesetze des Kluges.“
Invalidenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

### Passage-Panopticum.

Neu! Anatomisch. Museum.
Dienstag für Damen.
Passage-Theater.
Vorstellung v. 7-10 1/2 Uhr.
15 erstklass. Deb.

### CASTANS PANOPTICUM

Präsident von Transvaal „Ohm“ Krüger und General Joubert mit kriegsgerüsteten Boeren.
Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

### Central-Theater

Die Weisheit.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Sonntag, abends 7 1/2 Uhr (Totensonntag): Die Glocken von Corneville.

### Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Berlin lacht Thränen über die zum 56. Male aufgeführte unverwundliche Gefangenenprobe Susanne im Bade.
Vorstellung: Drei Vasillen.

### Sanssouci

Kottbusstr. 4a.
Sonnabend: Die letzte Fahrt.
Apollo-Theater.
Frau Luna.

### American-Theater.

Dresdenstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.
„Berlin ulkt!“
12 erstklassige Debüt.
W. Noacks Theater.

### Der Trompeter von Säckingen

W. Noacks Theater.
Der Trompeter von Säckingen.

### Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Unser Helgoland.

### Reichshallen. Stettiner Sänger.

Größe Elite-Soiree. Anf. präc. 8 Uhr.

### Circus ALB. SCHUMANN

Grösster equestriischer Circus der Welt.
Circus RENZ.
Größe anherord. Vorstellung mit ganz exquisit. Programm.

### Cirkus Busch.

Humoristischer Abend. Die Camorra!

### Polyphon

Selbstspielende Musikwerke. zum Preise von 20MK aufwärts liefern gegen Monatsraten.

### Achtung! Moabit. Achtung!

Freitag, den 24. November, abends 8 Uhr: Oeffentl. Kommunalwähler-Versammlung im Artushof, Berlebergerstr. 26.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Herzberg, Alte Jakobstr. 75: Versammlung der Einsetzer.

### Achtung! Charlottenburg. Achtung!

Freitag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Wille, Andreasstr. 26.

### Achtung! Textilarbeiter! Achtung!

Sonnabend, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Wille, Andreasstr. 26.

## Achtung, Bauarbeiter!

Sonntag, den 26. November 1899, mittags 12 Uhr: Oeffentliche Versammlung der Bauarbeiter Berlins und Umgegend in Cohns Festsaal, Benthstr. 19-20.

### Allgemeine Ortskrankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen.

Wahl der Delegierten. General-Versammlung pro 1900 und 1901.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Im Englischen Garten

Wahl der Delegierten. Die Wahl ist geheim.

### Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Rohrleger und Helfer! Sonntag, den 26. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Feuerstein, Alte Jakobstr. 75: Allgemeine Versammlung.

### Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

Sonntag, den 26. November, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Th. Jägerstr. 69: Mitglieder-Versammlung der Zahlstelle Rixdorf.

### Mittwoch, den 29. November, abends 8 1/2 Uhr

Delegierten-Versammlung. Aus jeder Werkstelle ist ein Delegierter erwünscht.

### Freitag, den 24. November, abends 8 1/2 Uhr

Deffentliche Versammlung aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

### Große öffentliche Sattler-Versammlung

Freitag, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Dresdener Gartens, Trebbenerstr. 45.

### Tischler-Verein.

Sonnabend, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15: Versammlung.

### Marmorarbeiter Berlins u. Umgegend.

Freitag, den 24. November, abends 8 Uhr: Oeffentliche Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a.

### Alabaster-Arbeiter.

Freitag, den 24. November d. J., abends punkt 7 Uhr, im Märktischen Hof, Admiralsstr. 18a: Oeffentliche Versammlung.

### Charlottenburg.

Sonntag, den 26. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, in der Gambrinus-Brauerei, Wallstr. 94: Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.







Arbeiter, Parteigenossen!

Nur wenige Tage trennen uns noch vom Termin der am 27. November stattfindenden Stichwahlen zur Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

In drei Wahlbezirken haben wir noch einmal zum Kampfe anzutreten.

Im 6. Bezirk, Wahllokal Demetwitzerstr. 13, steht unser Parteigenosse Gastwirt Ferdinand Ewald, Schulzeinstr. 6, mit dem liberalen Richard Vorich in Stichwahl.

Im 7. Bezirk, Wahllokal Teltowerstr. 3, ist zu wählen zwischen dem Parteigenossen Schuhmacheremeister Karl Laufow, Joffenerstr. 11, und dem Liberalen Ulstein.

Im 45. Bezirk endlich soll entschieden werden, ob ein Vertreter des Antisemitismus, der Rechtsanwalt Ulrich, oder unser Parteigenosse Expedient Th. Glöck, Kaufmännische 52, ins Stadtparlament einzuziehen soll.

Die Notwendigkeit, nur entschiedene Vertreter des freisinnigen Gedankens in die Stadtverordneten-Versammlung zu senden, ist erst vor wenigen Tagen durch das bekannte Schreiben des Herrn v. Mirbach auf das schlagendste dargelegt worden.

Einzig die Kandidaten der Socialdemokratie bieten eine absolut sichere Gewähr für die Erfüllung dieser vornehmsten Aufgabe.

Arbeiter, Parteigenossen! Agitiert in den drei in Betracht kommenden Bezirken für unsere Sache. Sucht im persönlichen Verkehr, durch Hinweis auf die Versammlungen, sowie durch Verteilung der Flugblätter die Säumnisse heranzuziehen, damit der Erfolg der Stichwahlen am Montag sich dem Siege in der Hauptwahl würdig anschließen.

Auf zur Agitation!

Die Genossen des zweiten Wahlkreises werden ersucht, sich am Sonntag morgen 7 1/2 Uhr zahlreich an der Flugblattverteilung zu beteiligen; wir bitten die Genossen, sich pünktlich in folgenden Lokalen einzufinden: Sah, Markgrafenstr. 103; Voigt, Königgräferstr. 30; Siebert, Großbeerstr. 54; Quandt, Wellenliniestr. 74; Rechner, Hagelsbergstr. 23; Galler, Ballaststr. 16; Werner, Wilowstr. 59.

Kommunales.

Der Ausschuss zur einheitlichen Regelung des Submissionswesens beendete am Dienstagabend seine Arbeit. Wie wir schon mitgeteilt haben, wurde der erste Teil des socialdemokratischen Antrages, Arbeiten auf dem Submissionswege nur an solche Unternehmer zu vergeben, welche die von den Arbeiterorganisationen anerkannten ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen für sich als bindend erachten, in der vorigen Sitzung abgelehnt.

Treu blieb sich die kompakte Majorität, mit der Ausnahme eines einzigen „Umfalles“, auch in der Ablehnung der übrigen socialdemokratischen Anträge, die dahin gingen, die Unternehmer zu verpflichten, nur inländische Arbeiter vorzugsweise zu beschäftigen, für zweckentsprechende Umkleide-, Wasch- und Schränke, sowie für genügende, der Sittlichkeit und der Gesundheit entsprechende Aborte Sorge zu tragen; bei dem interen Ausbau der Reu- und Umbauten während des Winterhalbjahres die Thüre- und Fensteröffnungen zu schließen, daß die Innenarbeiter gegen die äußerst gesundheits-schädliche Zugluft geschützt sind; und ferner festzusetzen, daß in Räumen, in denen gearbeitet wird, offene Coalföcker nicht gebrannt werden.

Trotzdem die herrschenden Uebelstände von den Antragstellern, den Stadtverordneten Dupont und Bernau, eingehend geschildert wurden und die Magistratsvertreter sowohl wie die Vertreter der Wehrheit dem zum großen Teil auch zustimmen mußten, fielen die Anträge teils aus „Gründen der praktischen Undurchführbarkeit“, teils weil die Unternehmer den in diesen Anträgen angebrachten Wünschen angeblich so wie so Rechnung tragen.

Abgelehnt wurde auch ein Antrag des Stadtv. Goldschmidt (mit 6 gegen 5 Stimmen): „Bekanntlich, welche ihre Waren in Straßensituation herstellen lassen, sind von der Beteiligung an Lieferungen für die Kommune ausgeschlossen.“ Von dem einen Vertreter des Magistrats, Stadtrat Kamalaun, wurde betont, daß von der Stadt Berlin vergebene Arbeiten noch niemals in Straßensituationen gefertigt worden seien; aus dem Grunde sei der Antrag überflüssig.

Und das nennt man generelle Regelung des Submissionswesens für die Zukunft!

Lokales.

Zur Vertrauensperson für die socialdemokratischen Frauen Deutschlands ist Ottilie Baader, Berlin O., Straußbergerstr. 28, 4 Tr., gewählt. Briefe, Anfragen und sonstige Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Die Stadtverordneten-Versammlung

hat dem Antrag Singer und Genossen betreffend die Erweiterung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gestern eine ganz andere Behandlung zu teil werden lassen, als im September, wo sie ihn zur Vorbereitung an einen Ausschuss überwies. Damals brachte sie ihm doch noch ein gewisses Wohlwollen entgegen — wenigstens konnte man bei optimistischer Auffassung der Dinge so etwas aus den Erklärungen herausgehören, die auf verschiedenen Seiten des Hauses abgegeben wurden — gestern aber wies die Mehrheit der Versammlung die Zustimmung, dem im Handelsgewerbe beschäftigten Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern etwas mehr Sonntagsruhe zu gewähren, weit von sich ab. Was hatte sich denn inzwischen so Gewichtiges ereignet, das diese plötzliche Sinnesänderung begreiflich machen und rechtfertigen konnte? Genosse Singer sagte: Die Wahlen haben sich inzwischen ereignet, — eine Neuerung, die Herr Hugo Sachs, der in der Versammlung ganz den Genosse spielt, gewaltig ablehnt. Herr Kommissar, der über die Verhandlungen des Ausschusses Bericht zu erstatten hatte, gab andere Gründe an. Die Sache sollte sich inzwischen als schwer durchführbar herausgestellt haben, zum mindesten lasse sie sich nicht ohne eine schwere Schädigung des Kleinhandels machen. Das Material, auf Grund dessen der Ausschuss zu dieser Ansicht gekommen war, hatte nur die eine der beiden interessierten Parteien geliefert, die Geschäftsinshaber. Unsere Genossen hatten daher beantragt, vor der endgültigen Beschlußfassung eine Erhebung darüber vorzunehmen, ob und wie weit eine Ausdehnung der Sonntagsruhe nötig

sei, und zwar sollten auch die Angestellten darüber befragt werden. Einen in der Hauptsache gleichen Antrag hatte auch der Stadtverordnete Karl Goldschmidt gestellt. Aber die Mehrheit der Versammlung konnte sich nicht einmal zu diesem Zugeständnis entschließen. So die Stadtverordneten-Versammlung sich nicht zu Thaten answähigen kann, da werden bekanntlich wenigstens süße Worte gemacht. Diese Aufgabe war diesmal dem Stadtv. Jakob angefallen. Er versichert, daß er und seine Freunde ein „warmes Herz“ für die Handlungsgesellen hätten, sprach aber mit Eifer für die Interessen der Arbeitgeber.

Von den übrigen Beratungsgegenständen führte die Magistrats-Vorlage betreffend die Richterhebung der Gemeinde-Einkommensteuer für Einkommen von 600 bis 900 Mark noch in vorgerückter Stunde zu einer sehr gründlichen Aussprache. Nicht die Ansicht, daß man von so geringen Einkommen keine Steuer mehr erheben darf, hatte den Magistrat zu dieser Vorlage veranlaßt; nur verwaltungsmäßige Gründe waren für ihn maßgebend gewesen. Die Einziehung dieser Steuern kostet über die Hälfte des Soll-Betrages, so daß kaum ein Gewinn übrig bleibt. Wer aber deshalb auf eine glatte Annahme der Vorlage gerechnet hatte, der sah sich enttäuscht. Herr Louis Sachs wollte nicht, daß die unbedeutende Bevölkerung gar nichts zu den Steuern beitrage, und Herr Cassel, der schon vor 5 Jahren einen großen Eifer gegen dieses winzige Stückchen „Steuerreform“ entfaltet hatte, stimmte ihm bei. Das Beste leistete Herr Ballach. Er sagte, daß beim Fortfall dieser Steuerhülsen den Steuererhebungen die Extrarummation verloren gehe, die sie aus der Beirichtung gerade dieser Steuern hätten. Herr Ballach würde wahrscheinlich sogar bereit sein, noch Geld hinterzuzuerweren, nur um den Unbedeutenden nicht das Vergnügen und die Ehre des Steuerzahlens zu entziehen. Die Vorlage ging an einen Auschuß, der vermutlich dafür sorgen wird, daß alles beim alten bleibt. Das ist wohl auch die Ansicht derjenigen, die für Auschußberatung stimmten.

Die Mirbachsade hat Blättern vom Schlage des Reichstagen-Voranschlags gegeben, gegen die Berliner Stadtverordneten-Versammlung zu hegen und für Verknüpfung der deutschen Reichshauptstadt Propaganda zu machen. Keuchliche Unruhe, die auf liberaler Seite lebhaft beachtet wurden, ließen sich auch anderwärts vernehmen, und so war es denn kein Wunder, daß der kommunalpolitische Lieblingsgedanke der Reaktion auch die offizielle Presse beschäftigten mußte. Diese wimmelt ab. Wenigstens halten die „Berliner Politischen Nachrichten“ es für angezeigt, in einem besonderen Artikel die Regierung gegen den Verdacht abenteuerlicher Pläne in Schutz zu nehmen. Es wird allgemein über die Verlosung des Regierungspräsidenten in Potsdam geklagt und dann gelärmt: „Regierungspräsident und Regierung in Potsdam sind überdies derartig mit Geschäften überlastet, daß eine sachgemäße Behandlung der immer schwieriger werdenden Verhältnisse der Vororte von Berlin sich kaum noch ermöglichen läßt. Nachdem der Plan, durch Teilung des Regierungsbezirks Potsdam dem letztgedachten Uebelstande abgeholfen, definitiv ausgegeben sein dürfte, wird man in der Annahme nicht fehlgehen, daß bei der Staatsregierung der Plan der Errichtung eines besonderen Oberpräsidiums für Berlin und Umgebung erwogen wird, welches alle Zweige der staatlichen Verwaltung über diesen Bezirk und die Staatsaufsicht über die beteiligten Gemeinden in sich vereinen würde. Es handelt sich dabei, wie man sieht, anscheinlich um die Renovation der Staatsverwaltungsbehörden für Berlin und Umgebung, nicht aber um eine Aenderung in der Verfassung der Stadtgemeinde Berlin oder in der durch die Städte-Ordnung und das Zuständigkeitsgesetz gegebenen Regelung der Staatsaufsicht über die Reichshauptstadt. Was über angebliche auf die Vernichtung oder Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung von Berlin gerichteten Pläne berichtet wird, gehört in das Gebiet der reinen, jeder tatsächlichen Unterlage entbehrenden Vermutungen.“

Die Polizei gegen Lina Morgenstern. Am Mittwoch wollte der Berliner Hausfrauenverein im Bürgercafé des Rathauses seine Dienstboten-Prämierungsfest und im Anschluß daran eine Besprechung über die Dienstbotenbewegung abhalten. Der Beginn der Verhandlung erschien jedoch ein Polizeilieutenant im Bürgercafé des Rathauses und erklärte der Versammelten, daß die Besprechung nicht stattfinden könne; es handle sich um eine öffentliche Angelegenheit und es sei deshalb die durch das Vereinsgesetz vorgeschriebene polizeiliche Anmeldung erforderlich gewesen! — Die Besprechung mußte also unterbleiben und es fand nur die Prämierung „treuer Dienstboten“ statt. Unter den 52 zu Prämierenden befanden sich 24, welche bereits 20—48 Jahre bei einer und derselben Herrschaft gedient hatten.

Frau Lina Morgenstern war über eine Behandlung, wie sie sonst nur umstürzlerischen Versammlungen gegenüber zum Vorschein treten mag, offenbar empört und so erklärte sie sich am Ende, daß die Dame verhältnismäßig radikale Ansichten zum besten gab. In einer Ansprache präziserte nämlich die Vorsitzende die Stellung des Vereins zur Dienstbotenbewegung dahin, daß er allen „berechtigten“ Forderungen der Dienenden gern entgegenkommen werde und auch für eine Reform der detaillierten Gesinde-Ordnung einzutreten entschlossen sei. Die Bezeichnung „Gesinde“ sei den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechend, es könnte dafür die Bezeichnung „Angestellte im Hausdienste“ gewählt werden. Auch zeitige es nicht, den Dienenden nur alle 14 Tage einen Ausgabesonntag zu bewilligen, und deshalb könnte man wohl, wo die Verhältnisse es nicht gestatten, die Dienenden jeden Sonntagmorgen mitgehen zu lassen, denselben wenigstens in der Zwischenwoche einen freien Nachmittag an einem Wochentage gewähren. Für Berlin speziell sei in Anbetracht der oft recht weiten Entfernungen zu Verwandten usw. die Ausgehzeit bis 10 Uhr abends etwas zu gering bemessen und könnte wohl bis 11 Uhr abends zugestanden werden. Eine Behandlung, welche es einem guten Dienstmädchen ermöglicht, sich heimlich bei ihrer Herrschaft zu fühlen, sei vorauszusetzen, vor allem hätten die Hausfrauen ihre Dienstmädchen auch vor den Nachstellungen der Männer, der jungen Herren Söhne usw. zu schützen. Schließlich bejaht Frau Morgenstern aber wieder auf ihr bestes Selbst. Auf die Verbeibaltung der Dienstbücher — die man ja Zeugnisbücher benennen könnte — und wahrheitsgemäße Zeugnisse könne aber im beiderseitigen Interesse nicht verzichtet werden. Zur Diskussion über diese Fragen soll nunmehr seitens des Vereins eine besondere Versammlung einberufen werden.

Eine Reichspostmarke zu zwei Pfennig ist bei der Festsetzung der neuen Reichsmarken vorgegeben und genehmigt worden. Die neue Marke entspricht den neuen „Germania-Marken“ im Werte von 3 bis 20 Pf. im Werte und im Werte. Wie diese wird sie in einfarbigem Druck hergestellt, während die Werte von 25 bis 80 Pf. in Zweifarben-Druck hergestellt werden. Die Farbe der Zweipfennigmarke ist hellgrau. Sie gelangt erst mit der Einführung der neuen Postföcher am 1. April zur Einführung und dient dann als Wertzeichen für die dann zur Einführung gelangenden Zweipfennig-Postarten für den Orts- und Nachbarortverkehr sowie zur Frankatur von Drucksachen im Ortsverkehr bis zu 50 Gramm. Drucksachen kosten im Ortsverkehr vom 1. April an von 50 bis 100 Gramm 3 Pfennig, von 100 bis 250 Gramm 5 Pfennig, von 250 bis 500 Gramm 10 Pfennig und von 500 bis 1000 Gramm 15 Pfennig, Warenproben bis 250 Gramm 5 Pfennig, von 250 bis 350 Gramm 10 Pfennig.

Herr v. Poddbielski, der — Defraudant. Das Heidelberger Tageblatt schreibt: Staatssekretär v. Poddbielski wurde, wie wir nachträglich erfahren, bei seiner vor einigen Tagen erfolgten Durchreise im hiesigen Bahnhof nahezu verhaftet. Als er

nämlich in einem D-Zug hier ankam und sich mit dem ihn begleitenden Beamten an einer Flasche Champagner gütlich that, erregte diese „Leppigkeit“ bei einem am Bahnhof stationierten Schutzmännchen schlimmen Verdacht. In Frankfurt a. M. war ein Defraudant nach Unterschlagung von 32 000 M. flüchtig gegangen. Unter guter Schutzmännchen eubedete wohl in seinem Uebereifer eine Beunruhigung zwischen dem fremden Herrn, der sich dem Champagner so gut kenneken ließ, und dem Defraudanten, eilte auf den Wagen zu und fragte nach dem Namen des Verdächtigen. Als der darüber höchlichst erbaunte Herr Staatssekretär sich weigerte, seinen Namen zu nennen, wuchs der Verdacht inwieweit schlonen Dieners der heiligen Herrschaft, der nun seiner Sache sicher zu sein glaubte. Der peinliche Scene wurde erst dadurch ein Ende gemacht, daß Herr v. Poddbielski auf den Rat seines Begleiters seinen Namen angab. Mit welchem überraschten Gesichte sich der Schutzmännchen so schnell er konnte, zurückzog, können sich unsere Leser denken. Herr v. Poddbielski aber wird an dieses heitere Erlebnis auf seiner Reise in Süddeutschland immerhin mit größerem Vergnügen zurückdenken, als an seine in Stuttgart und München erzielten Erfolge.

Die Angelegenheit der Simon Blaschens Erbschaft, an welcher bekanntlich die Städte Berlin, Wingen und Mainz partizipieren, scheint nun endlich zur Ruhe gelangen zu wollen. Dieser Tage weilte der Vertreter der Stadt Mainz, Rechtsanwalt Dr. Hord, in Berlin, um mit dem Verwalter des Nachlasses eine definitive Abmachung zu treffen. Nach dieser wird nunmehr der Stadt Mainz der ihr zuzufallende Betrag ausgezahlt werden. Ferner wurde der Schwelger des Erblassers mit Zustimmung der drei erbberechtigten Städte ein weiterer Betrag von 60 000 M. zugesprochen, wofür sie auf alle weiteren Ansprüche Verzicht leisten. Interessant ist übrigens die Tatsache, daß während des fast vierjährigen Erbschaftsstreites für Prozesskosten, für übernommene Entscheidungssprüche zc. 125 000 M. bezahlt wurden. Wäre es nicht geschickter gewesen, wenn Berlin von vornherein auf die Erbschaft verzichtet hätte?

Ein Kongress der Bahnhofsrestaureure soll in nächster Zeit hier abgehalten werden. Der Kongress wird Stellung nehmen zu der seitens der Eisenbahnverwaltung an die Pächter von Bahnhofsrestaurationen ergangenen Aufforderung, über ihre Einnahmen und Ausgaben genau Bericht zu erstatten. Man will gegebenen Falles eine Abordnung an den Minister Theilen entsenden.

Sein fünfzigjähriges Schiffs-Jubiläum feierte, wie uns von gewerkschaftlicher Seite mitgeteilt wird, am Montag der Herr Goldschmidt A. W. H. Der Jubilar ist seit neun Jahren in der Goldschmidtfabrik von Neumann u. Hennig, Jungfernst. 21, beschäftigt. Herr Hennig gratulierte dem Jubilär mit herzlichsten Worten und versicherte ihm, daß es sein Stolz sei, wenn er den Arbeitsveteranen bis an dessen Lebensende beschäftigen könne. Auch erregte die Firma den alten Arbeiter mit einem ansehnlichen Geldgeschenk.

Die Fenstercheiben werden teuer! Die Glasermeister von Berlin und der Umgegend haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, die Preise für ihre Arbeiten entsprechend zu erhöhen, da die Glaspreise um den beträchtlichen Satz von 25 Proz. in die Höhe gegangen sind.

Der Raubmörder Josef Gönczi und seine Ehefrau sind schon Mittwochabend um 11 1/2 Uhr auf dem Leichter Bahnhof hier angekommen; sie wurden sofort in das Untersuchungsgefängnis Roabit eingeliefert. Die Nachricht von der Ankunft des Raubmörderpaars hatte sich trotz der späten Stunde schnell verbreitet. Auf dem Bahnsitz und vor dem Bahnhof hatte sich eine große Menschenmenge angeammelt, die der Zukunft des Hamburger Tages entgegenah. Als Kriminalkommissar v. Kracht einem Abteil des letzten Wagens entstieg, drängte das Publikum vor, um den von einem Kriminalschutzmännchen am Handgelenk gefaßten Gönczi zu sehen. Dieser, ein kleiner ergrauter Mann mit struppigem Vollbart, folgte ruhig den Beamten nach der vor dem Bahnhof haltenden Droßke zweiter Klasse, in der er mit zwei Beamten nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht wurde. Frau Gönczi folgte einige Minuten darauf in einer zweiten Droßke. Sie war gleich ihrem Mann gefesselt, aber weniger schwer als dieser. Sie schluchzte und sah sich auf die Menschenmenge. Gönczi trug einen grauen Havelock, seine Frau, eine kleine schmachtige Person, einen langen dunklen Mantel. In Hamburg war das Ehepaar am Mittwochmorgen mit dem Dampfer „Japareca“ angekommen. Gleich nach der Ankunft hatte sich Kriminalkommissar v. Kracht mit mehreren Kriminalbeamten an Bord des Schiffes begeben, wo der Kapitän den Beamten sofort das gefesselte Ehepaar überantwortet hatte. Gönczi bewachte während des Transportes eine ruhige Haltung, ließ sich auch mit den Beamten hin und wieder in ein Gespräch ein, während seine Frau vollständig fassungslos und fast gebrochen weinte und schluchzte, dann und wann auch hindernd ihre Linseln beteuerte. Gestern vormittag wurde Gönczi dem Untersuchungsrichter Herr vorgeführt und vernommen. Ueber seine Aussagen wird größtes Stillschweigen bewahrt.

Die Direktion der Straßenbahn Berlin-Hohen-Schönhausen teilt uns mit, daß sie am kommenden Totensonntag die dreifache Zahl von Wagen als bisher in Betrieb stellen wird.

Garmlose überall. In der Eldenerstraße gegenüber dem Central-Biehof ist in einer Gastwirtschaft, wo besonders Schlächter und Viehhändler verkehren, von der Kriminalpolizei ein Spielereis ausgehoben worden. Kriminalbeamte hatten davon Wind bekommen, daß dort öfters hoch gespielt werden sollte. Sie überwachten die Gäste der Wirtschaft und verhafteten eine ganze Zahl, als sie abends beim Spieltisch saßen. Die Spielarten und das Geld wurden beschlagnahmt.

Zwei Einbrecher, die das Café Friedrichshof an der Ecke der Friedrich- und Kochstraße heimgesucht hatten, sind gestern morgen dingfest gemacht worden. Mit der Verhaftung der beiden Einbrecher, die im Alter von 28—35 Jahren stehen, hat die Polizei einen guten Griff gethan. Sie haben bereits eingestanden, an einer Reihe von Einbrüchen, die in den letzten Wochen in der Friedrichshof verübt wurden, beteiligt zu sein. Auch ein Einbruch in das Architektenghaus fällt auf ihr Konto.

Laden- und Taschendiebe pflegen sich in den großen Warenhäusern vor Weihnachten noch zahlreicher als sonst einzufinden. Einem dieser Diebe ist am Dienstagabend in einem Warenhaus in der Rosenhändlerstraße eine nicht unbeträchtliche Beute in die Hände gefallen. In der Kurzwaren-Abteilung wurde einer Dame, die hier Einkäufe machen wollte, ein Portemonnaie, angeblich mit 60 M. Inhalt, gestohlen. Der Dieb ist unvermittelt entkommen. Um sich und ihre Kundschaft gegen Laden- oder Taschendiebstähle in ihren Geschäftsräumen nach Möglichkeit zu schützen, zahlen die Inhaber größerer Warenhäuser ihren Angestellten Belohnungen für die Entdeckung von Diebstählen. Angewendet werden, wenn die Weihnachtseinkäufe beginnen, Detektive angestellt bzw. wird die Zahl der ständig beschäftigten Detektive zeitweilig erhöht.

Aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist der Graf Klaus von und zu Galoffstein-Krinitzen, der auch gegen das zweite, ihn abermals verurteilende Erkenntnis des Landgerichts I die Revision angemeldet hat. Nachdem das Landgericht I den Antrag auf Haftentlassung wegen Flußwerdachts abgelehnt hatte, beschwerten sich die Verteidiger Rechtsanwälte Dr. Hugo Marcuse und Dr. Gelpke beim Kammergericht. Dieses hat darauf die Haftentlassung ohne Bürgschaft angeordnet. Graf Galoffstein ist leidend.

Ein gewerbemäßiger Geflügelieb ist in der Person eines alten Quackhändlers festgenommen worden, als er in einer Markt-halle zwei frisch geschlachtete Hähne, einen schwarzen und einen



weisen, für je 20 Pfennige zum Kauf anbot. Die Fische hatten eine Aluminiummarke mit dem Zeichen „S. M. 882“ am Bein. Der Gefachte konnte sich über ihren Erwerb nicht ausweisen und hat sie ohne Zweifel gestohlen. Er ist daher wahrscheinlich der Dieb, der in der letzten Zeit vielfach Hühnerstallbesitzer in Berlin und den Vororten heimlich hat. Geschädigte wollen sich bei Kriminalkommissar Böhm im Zimmer Nr. 822 des Polizeipräsidiums melden. Der Festgenommene stand unter Polizeiaufsicht, wachte sich ihr jedoch zu entziehen.

**Ein großer Einbruchdiebstahl** ist in der Velleallanstraße 66 verübt worden. Die Spitzbuben haben sich am Dienstag Eingang in das Haus verschafft und dann mit einem Dietrich die Tür der des Ladens geöffnet. Dann haben die Einbrecher den Laden, das Schaufenster und einen Schrankkasten geplündert und den Raub durch die Ladentür auf die Straße geschafft. Außer den Warenvorräten haben die Spitzbuben noch eine Taschenuhr, einen Zigarettenanzug und einiges Werkzeug gestohlen. Der Einbruch wurde erst bemerkt, als man früh den Laden öffnete. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

**Jungen gesucht.** Personen, welche dem Unglücksfall beigewohnt haben, der sich am 16. d. Mts. nachmittags 4 Uhr in der Pringens-Allee im Betriebe der elektrischen Bahn ereignet hat, werden gebeten, ihre Adresse bei Morgans, Nippinerstr. 88, vorn 4 Tr., abzugeben.

**Ein erhebliches Schadenfeuer** wüthete in der Nacht zum Sonntag in der Danzigerstraße 53, gegenüber der südlichen Gasanstalt. Bald nach 1 Uhr rötete sich der Himmel und gewaltige, weithin sichtbare Flammen loberten empor. Es brannte ein großer Schuppen der Wagenladerei von Fr. Brinkmann, in dem sich neben bedeutenden Lack- und Farbvorräten auch vier Wagen, darunter ein Flaschenheber der Victoriafabrik, befanden. Von den eingetroffenen Löschkräften legte eine Dampfspritze und eine Schlauchleitung an den Hydranten der Gasanstalt an und brachten das Feuer nach fast einstündiger Arbeit zum Stehen, bevor es die in nächster Nähe befindlichen, mit Holz angefüllten Lagerhäuser ergriffte. Der vom Brande heimgeführte Schaden beträgt nach den vier Wagen wurde total eingeschert. Ueber die Entstehungursache ist nichts ermittelt.

**Großen Feuer Schaden** erlitt die Tuchhandlung von Menke u. Co., Poststr. 30/31, bei einem Brande, der Donnerstagsabend 7 1/2 Uhr zum Ausbruch kam. Die Firma besitzt in beiden Häusern ein Rieselager von Stoffen. Während nun die Geschäftsräume bereits um 6 Uhr geschlossen waren, machte sich bald nach 7 Uhr ein intensiver Brandgeruch im Hause Nr. 30 bemerkbar und bald stellte sich eine solche Verqualmung ein, daß die Bewohner der oberen Stockwerke stark belästigt wurden. Das Feuer hatte seinen Ursprung in dem Stofflager des ersten Stockes. Es wurde zwar von der Feuerwehr bald abgelöscht, doch stellte sich heraus, daß die Zahl der angekokelten Tuche einen großen Schaden verursachte. Das Lager durch Wasser stark gelitten hat, so ist der entstandene Schaden sehr erheblich. Ueber die Entstehung des Feuers konnte nichts ermittelt werden.

**Theater.** Am Schiller-Theater wird heute zum erstenmal „Cypriano“, Lustspiel in 3 Akten von F. Sardou und G. de Roquet, bearbeitet von Doktor Blumenthal, gegeben. Die Rolle der Cypriano spielt Herr Dr. Grottel, den Brunello Albert Parry, den Adhemar Metzdorf Böhm und den Desiderius Josef Alfred Schmalen. — Am Carl Beth-Theater sind die Proben zu der Novität „Johanna von Castilien“ sowie vorgeführt, das am Sonntag die Premiere, mit der russischen Tragedin Elisabeth Gerson in der Titelrolle als Gast, stattfinden kann.

**Genebericht.** Donnerstags früh 7 Uhr waren Gollnowstraße 30 und Pappel-Allee 7/8 Zimmerbrände abzulöschen, die Gardinen und Möbel zerstörten. Später brannte Gollnowstraße 10 der Fußboden und die Kalkenlage. In der Nacht zum Mittwoch gingen Potsdamerstraße 85 Gardinen in Flammen auf. Büchlingstraße 27 hatte die Schade Feuer gefangen. Ueberglöckesberg verursachte einen Alarm nach der Diebstahlsstraße. Außerdem wurde die Wehr nach Kunitzstraße 26 und Landsbergerstraße 98 gerufen. In beiden Fällen hatten Meldegenossen Feuer gefangen.

**Aus den Nachbarorten.**

**Charlottenburg.** Zu den bevorstehenden Stadtverordneten-Stichwahlen findet Sonntag, den 26. November, früh 8 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung von folgenden Lokalen aus statt: für den 4. Bezirk Kant, Westalozstr. 65; für den 5. Bezirk Müller, Schillerstr. 94. Am rege Beteiligung ersehen.

**Der Socialdemokratische Verein Johannisthal-Nieder-Schönebeide** hält seine Mitgliederversammlung am 25. November abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Senfleben ab. Genosse Wegner spricht über Jammungsgeetze. Auch wird erbeten, die Willens abzugeben.

**Man schreibt uns aus Schöneberg:** Unser „unabhängiges“ Bürgerium, welches erst kürzlich noch bei den Stadtverordnetenwahlen die so oft gepriesene „Selbstverwaltung der Stadtgemeinde“ recht eindringlich betonte, hat jetzt wiederum einen Beweis seiner leider schon oft erlebten Wandlungsfähigkeit gegeben: Es soll sich nämlich seit einiger Zeit des Abends an der Grenze zwischen Berlin und Schöneberg das Prostituiertenwesen breit machen. Dieses von den bestehenden Klassen doch verschuldetes Uebel hat unseren Haus-agrarier Veranlassung gegeben, sich in einer Eingabe an

den Minister des Innern zu wenden und um die Er-richtung eines neuen fünften Polizeireviers zu bitten. Während man in anderen Gemeinden, die sich einer umfänglichen Leitung erfreuen, bestrebt ist, sämtliche Zweige der Polizeiverwaltung, also auch die der Sicherheitspolizei, in die Gemeindeverwaltung zu übernehmen, hat hier in Schöneberg das Gegenteil stattgefunden; ein Zweig nach dem andern wird der königlichen Polizei zugeteilt, ohne daß sich Widerspruch bei den städtischen Körperschaften erhebe. Und weil sich nun derartige, fast in jeder größeren Stadt vorhandene Zustände auch in unserm Orte zeigen, ruft man flehentlich nach polizeilicher Hilfe!

**Schöneberg.** In Ergänzung der Polizeiverordnung betreffend den Verkehr mit Kuhmilch macht die Polizeidirektion bekannt, daß Brauntweimilch, Mähschnitzel, Weizenkleber, Bierbrei, Raps- und Senfsamen, Erbsen von Erbsen und Bohnen, Wicken, Lupinen, Rüben aller Art und rohe Kartoffeln, Rübenblätter, Kohlblätter, überhaupt Grünfütter, Mähschnitzel sowie verdorbene Futtermittel jeder Art als Futtermittel an Kindermilchläche nicht verab-folgt werden dürfen.

**Marienthor, Tempelhof und Umgegend.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der Referent, Victor Kränzl, verhindert ist, am Sonntag den Lehrabend über „Das Bürgerliche Gesetz-buch“ zu halten.

**Der Regierungspräsident zu Potsdam** hat soeben für den Umfang des Regierungsbezirks eine Polizeiverordnung erlassen, nach welcher vom 1. Januar 1900 bei dem gewerbsmäßigen Aus-schau-t von Bier nur Apparate verwendet werden dürfen, bei denen als Druckmittel entweder keine atmosphärische Luft oder flüssige Kohlen-säure oder einwandfreies Wasser benutzt werden.

**Spandau.** Bei der letzten Stadtverordneten-Wahl hatten es „einige unparteiische Wähler“ versucht, im Trüben zu fischen; auf die hier besonders grassierende Furcht der Wähler vor der öffentlichen Stimmabgabe bauend, traten die edlen Herren noch im letzten Augen-blick mit einer völlig anonymen Kandidatenliste hervor, welche außer drei bürgerlichen Kandidaten ganz unerschütterlich auch die Namen unserer Genossen Schröder, Pieper und Hallecker enthielt. An der Spitze trug diese anonyme Liste die stolze Bezeichnung „die unparteiischen Wähler der III. Abteilung“ empfehlen die Wahl folgender Kandidaten“. In der am Vorabend der Wahl im Besonderen Lokale stattgefundenen Wählerversammlung nahm denn auch Genosse Pieper Veranlassung, sich und die Genossen Schröder und Hallecker energisch dagegen zu verwahren, daß dieselben etwa mit ihrem Willen von „unparteiischer“ Seite als Kandidaten aufgestellt sein könnten. Immerhin hatten die anonymen „Unparteiischen“ aber den Erfolg, daß sich etwa 80 Wähler befehen ließen und für diese Liste stimmten. So erklärt es sich, daß unsere übrigen drei Kandidaten Kieger, Scholz und Kunkel, welche nicht auf die Liste der „Unparteiischen“ gesetzt waren, durch-schnittlich etwa 60 Stimmen weniger erhielten als die Genossen Schröder, Pieper und Hallecker, und deshalb in die Stich-wahl kamen.

Der Tag der Stichwahl ist übrigens vom Magistrat noch nicht festgesetzt.

**Die für die Auffindung der Leiche** des seit dem letzten Sommer vermißt gewordenen Kanalarbeiters Schulz aus Spandau angelegte Belohnung von 500 M. ist dem Jagdgeschiffen Kreimer ausbezahlt worden, der die Leiche am Untersberg bei Salzburg auf einem Pflanzgang entdeckt hat.

**Reinickendorf.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Kreisaus-schuss beschlossen habe, der Gemeinde ein weiteres Darlehen von 800 000 M. mit der Maßgabe zu gewähren, daß der ganze Betrag mit der noch restierenden Summe der ersten Anleihe zusammen abzugeben sei. Zur Frage der Errichtung eines Gewerbegerichtes für den Gemeindebezirk Reinickendorf bemerkte der Amtsvorsteher, daß die Kommission sich eingehend mit der Beratung des Statuts befaßt habe und der Gemeindevertretung empfehle, dasselbe mit einigen unwesentlichen Änderungen anzunehmen. Das Gewerbegericht wird nach § 8 aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und 12 Beisitzern bestehen, und es soll die Amtsperiode des Vorsitzenden auf drei, die der Beisitzer auf vier Jahre bemessen sein. Ferner wird nach zwei Jahren die Hälfte der Beisitzer ausgelost und durch Neu- resp. Wiederwahl ersetzt. Während Ge-nosse Schilling in der Beratung ergrünte, daran festzuhalten, daß sich die streitenden Parteien ihre Beisitzer selbst wählen könnten, wurde von anderer Seite dafür eingetreten, die Ernennung der Beisitzer dem Vorsitzenden zu überlassen. Die Entscheidung der Beisitzer soll zwischen 1,50 und 4 Mark betragen. Die Gemeinde-Ver-tretung erklärte sich mit dem 84 Paragraphen umfassenden Ortsstatut einverstanden und beschloß, daß das Gewerbegericht am 1. April künftigen Jahres in Wirksamkeit treten soll. — Ferner wurde be-schlossen, in der 1. und 2. Gemeindegasse neue Klassen zu errichten und die dazu erforderlichen Lehrkräfte zum 1. April 1900 einzustellen.

**Friedrichshagen.** Der hier wohnhafte Arbeiter Müller ist am Dienstagvormittag auf einem Bau in Erlener tödlich verunglückt. Müller war verheiratet und Vater von drei Kindern. Er stand im Alter von 33 Jahren.

**In Rixdorf** wurde der Handelsmann R. Gehle aus Neu-Weipener unter dem Verdacht, falsches Silbergeld veran-

schaffen zu haben, verhaftet. Bei einer Durchsuhung seiner Wohnung wurde falsches Geld, besonders Eins, Zweis- und Fünfmarsstücke vor-gefunden. Gehle gibt an, das Geld allein vertrieben zu haben, was aber wenig glaubhaft ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Gehle mit der verhafteten Frau Strung und anderen Personen, bei denen ebenfalls der Verdacht der Falschmünzerei vorliegt, in Verbindung gestanden hat.

**Besronnungsfest.** Eine öffentliche Schmiedeverammlung war am Nachmittag des preussischen Ruhlages in Rixdorf ge-plant. Zwar war seitens der Polizeibehörde die Anmelde-bescheinigung erteilt, doch gleichzeitig darauf hingewiesen worden, daß nach einer die Heiligkeit der Feiertage betr. Polizei-verordnung am Ruhltag öffentliche Versammlungen nicht gestattet seien. Da der anwesende Lieutenant für den Fall der democh er-folgenden Eröffnung der Versammlung mit gewaltsamer Auflösung drohte, so zogen die Einberufter es vor, der Gewalt zu weichen und die geplante Versammlung auf Montag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr in demselben Lokale Bergstr. 7 bei Münzer anzusetzen.

**Der letzte Pferdebahn-Wagen** der Strecke Charlotten-straße-Reinickendorf (Kirche) wird probeweise auf vierzehn Tage 11 Uhr 41 Minuten von der Charlottenstraße abgefahren werden, während bisher der letzte Wagen 11 Uhr 20 Minuten, wie im Fahrplandbuch vermerkt, den Schluß des Verkehrs bildete.

**Versammlungen.**

**Der socialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Süd-Ost)** hielt am Dienstag eine sehr gut besuchte Versammlung bei Brüder, Waldemarstraße, ab. In der der Reichstags-Abgeordnete Fr. Zubeil über: „Die Vorteile und Nachteile des neuen Invalidentagesetzes für die Arbeiterklasse“ referierte. Der Redner erläuterte in eingehender Weise die verschiedenen Abänderungen des Gesetzes und weist dabei nach, daß neben wesentlichen Ver-besserungen, die im neuen Gesetz enthalten sind, einige Bestimmungen zweifellos eine Verschlechterung für die versicherungspflichtigen Arbeiter gegenüber dem alten Gesetz bedeuten. Nachdem der Redner die Ver-sammlung mit den hauptsächlichsten Bestimmungen des Gesetzes ver-trant gemacht, kommt er zu dem Schluß, daß die Vorteile die Nach-teile bedeutend überwiegen, trotzdem auch das neue Gesetz noch lange nicht der Arbeiterklasse dasjenige bietet, was sie mit Recht auch von der heutigen Gesellschaft bezug von der Gesetzgebung verlangen kann. Immerhin müsse anerkannt werden, daß Verbesserungen geschaffen worden sind, und Aufgabe der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertretung, der Socialdemokratie, wird es sein, immer mehr ihren Einfluß geltend zu machen, um die bürgerlichen Parteien und die Regierung auf diesem Gebiete vorwärts zu drängen. Der 1 1/2stündige, recht belehrende Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Nachdem der Referent mehrere an ihn gestellte Anfragen beantwortet hatte, verließ er in seinem Schlusswort auf die wichtigen Funktionen, die den Arbeiter-vertretern bei diesem Gesetz eingeräumt sind, und forderte zur regen Beteiligung an den Wahlen derselben auf, damit solche Arbeitervertreter gewählt werden, welche das Interesse der versicherten Arbeiter in jeder Beziehung zu wahren wissen. Unter Vereinsangelegenheiten gab der Vorsitzende bekannt, daß jedes Mitglied, das dem Verein mindestens drei Monate angehört und mit den Beiträgen nicht im Rückstande ist, das Protokoll vom Parteilag in Hannover in allen Zahlstellen erhalten kann. Zum Schluß ersuchte Genosse C. Scholz, nur solche Lokale zu frequentieren, die der Arbeiterklasse auch zu Versammlungen zur Verfügung stehen und überhaupt streng die Lokalliste zu beachten.

**Allgemeine Vereinigung deutscher Buchhandlungs-Gehilfen.** Freitag, den 24. November, abends 9 Uhr, im großen Saale des Vereins-baus, Wilhelmstr. 118; Vortrag des Herrn Rechtsanwalts Victor Kränzl über „Ansprüche der Arbeiterklasse“.

**Vermischtes.**

**Der Professor der Nationalökonomie** an der Leipziger Universität Dr. August v. Niaskowski ist gestern in Leipzig gestorben.

Dr. Niaskowski war Lehrer der Nationalökonomie und Statistik an den Universitäten zu Basel, Breslau, Wien, Leipzig. Das Haupt-geld seiner Tätigkeit war die Agrarpolitik.

**Schiffbruch.** Der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiff-brückiger in Bremen geht von der Rettungsstation Vahöft folgende telegraphische Meldung zu: Am 22. November von dem hier gestrandeten schwedischen Schooner „Eijfrölin“, Kapitän Göransson, vier Personen durch das Rettungsboot der Station ge-rettet. Boot 4 Stunden unterwegs. Sturm aus Nordwest.

**Ermordung eines russischen Polizeichefs.** Der Polizeimeister der Stadt Nizhna in Sibirien, Oberst Stomow wurde, wie die „Nowoje Wremja“ aus Chabarowsk meldet, meuchlings ermordet. Stomow sah beim Abendessen, als ein Schuß beim Fenster abge-feuert wurde; die Kugel durchbohrte das Herz des Polizeichefs. Die That wird auf die äußerste Strafe juridischgeführt, welche Stomow als Polizeichef befehle. Der Thäter ist bis jetzt noch nicht ergriffen worden.

**Todes-Anzeige.**  
Am 21. d. M. verschied nach schwerem Weiden unsere liebe Mutter und Groß-mutter, die Fürstendotterin **Emilie Scholtz** geb. Paul. 10065  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Einnahms-Richtshofes aus statt.  
Die trauernden Töchter  
**Hermann Scholtz, Oskar Scholtz,**  
Am Mittwoch, den 22. November, verschied sanft nach schweren Leiden der Schöner 10085

**Otto Nauen**  
im 48. Lebensjahre.  
Um stilles Beileid bitten  
**Die Hinterbliebenen.**  
Die Beerdigung findet am Toten-samstag nachmittags 2 Uhr von der Halle des Einnahms-Richtshofes, Dall-borfer Chaussee, aus statt. 10088

**Freie Vereinigung**  
**der Zeitungsbedienten**  
**und Verkäufer Berlins.**  
Am 20. d. M. farb nach schwerem Leiden die Gekrannter unseres Mit-gliedes **Albert Gonschur,**  
**Marie geb. Becker.**  
Die Beerdigung findet heute, Frei-tag, nachmittags 2 Uhr, von der Leichen-halle des Einnahms-Richtshofes (Hermannstraße) aus statt.  
Am zahlreiche Beteiligung bitten  
10126 Der Vorstand.

**Bitte nicht zu übersehen!**  
Wegen vollständiger Auflösung meines großen Spielwaren-Lagers erlaube ich Vereine u. Weidener-Läden (bei hohem Rabatt) mich schnellend zu besuchen.  
**Paul Schubert, Chaussee 72**  
(Wedding). 1011b

**Central-Kranken- u. Sterbe-lasse der Tischler**  
u. anderer gewerblicher Arbeiter.  
Ortsverwaltung Berlin C.  
Sonntag, den 26. November 1899,  
vormittags 10 1/2 Uhr,  
bei **Zählke, Deanciostr. 13:**  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die eventl. Errichtung einer Ver-waltungskasse in Schöneberg.  
2. Bestätigung der Grenzen.  
**Die Ortsverwaltung.**  
Es ist Pflicht der in Schöneberg wohnenden Mitglieder, vollständig zu erscheinen.

**Wichtig!**  
**für Restaurateure!**

Zum Weinlager auf dem alten Badhof in Berlin, Kleine Wilmersdorfer- (am Lustgarten), sollen am Freitag, den 24. und Sonnabend, den 25. d. Mts., von 10-3 Uhr, ein großer Vorrat guter Rotweine a 66 und 80 Pf., große Köken Wein- und Rotweine X Champagner von 1/2 Pf., von 1,10 Pf. an, 600 Pf. gute Cognacs sowie ca. 40 Kiste gute Cigarren in beliebigen Partien freihändig verkauft werden.

**Charlottenburg.**  
**H. Schmerberg** 12273  
Wilmersdorferstr. 127,  
Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu sehr bill. Preisen.  
Optische Artikel, Uhrmacher- u. Schmiedearbeit.

**Neue Freie Volksbühne**

Am Dienstag, den 28. November, abends 8 Uhr, in Cohns Festsaal, Reuthstraße 19:

**John Henry Mackay-Abend.**

Mitwirkende: Einleitender Vortrag: Herr Dr. Rudolf Steiner. Gesang: Frau Hof-Rapenmeister Strauss de Ahna. Begleitung: Herr Hof-Rapenmeister Richard Strauss. Recitationen: Herr Max Laurence und Herr Friedrich Moest.  
Bülets für Mitglieder a 30 Pf., für Gäste a 40 Pf. sind in allen Buch-hallen, beim Kaffeehaus D. Reft, Georgenkirchstr. 24a, 2. Seitenstügel I, und an der Abendkasse zu haben.

Die nächste ordentliche Vereins-Vorstellung findet am 10. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr im Schiller-Theater, Wallner- (Theaterstraße) 35, statt. Zur Aufführung gelangt: „Der Richter von Zalamea“, Schauspiel in 3 Akten von Calderon. 150/19

**Zähne 1,50 Mk.,**  
die besten Kosten dem Zahnarzt nur ca. 50 Pf., und ganz in dem **100 Mark Belohnung,**  
der nachweist, daß die Zähne, für die andere 3, 4 oder mehr Mark neuzahnen, besser sind. Reparaturen 2 Mk. Umarbeit. zerbroch. Gebisse von 3 Mk. an. Herstellen 1 Mk. Zahnreinigung 1 Mk. **Blomden 1 Wt. ufo.** 30564

**Schmerzloses Zahnziehen**  
1 Wt.  
Langjährige Garantie!  
**E. Fuhrmann,**  
jetzt Kastanien-Allee 75, 1.  
früher Schwedterstraße 245a.  
Man beachte M. Sonntags-Insert!

**Möbel** auf Teilzahlung,  
**J. Kellermann,**  
Reinigenstr. 97, u. Wasserthorstr.

Natur-höllenvorfahren.  
**Ich heile**  
ohne Verabreichung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Harnleiden. Naturgemäße Behandlung. 30458  
**Fr. C. Henke,**  
Rathenowstr. 49, 1. Ecke  
Perlebergerstrasse.  
Sprechstunden 9-2, 5-9,  
Sonntags 9-2. Bei Vorzuzugung  
der Verbandstarben 10 Proz.

**Schauspielerin,** Schalerin des Alt-(Danzburg), empfiehlt sich den geehrten Vereinen zur Mitwirkung. Offerten erbeten unter E. U. 1900 Kubold Wofse, Pringensstr. 41. 137/16

**Vereins-Kränze**  
**C. Jürgens**  
Souquet- und Kranzbinderei  
Kottbuserstr. 3, Wasserthorstr. 69.

**H. Grupes Tanz-Institut,**  
Annenstr. 16 (früher Klubhaus).  
Sonntags-Abend- und Monats 3 M.,  
Dienstags-Abend- und Monats 4 M.,  
Tages- und Vereinszimmer für Ver-sammlungen u. Festschichten. 29729

**Hirschfleisch** 25, 30, 40 Pf.,  
Blatt 50 Pf.  
**Oderländer Gänse 50 u. 55.**  
Blattfrische, von 2,75 Mk. an.  
Kaninehen, Hühner, Enten, Tauben.  
**A. Ritschl, Trebbenerstr. 61.**

Großes Lager in  
**Uhren**  
**Goldwaren**

Altenidwaren, sowie Paaten- und Hochzeitsgeschenke in größter Aus-wahl zu den billigsten Preisen bei constantester Bedienung. 29917  
Eck. Remont-Uhren v. 9,50 Mk. an, goldene Damen-Uhren von 15 Mk. an, Regulateure in, Schlagwerk v. 14 Mk. an, Wecker von 2 Mk. an.  
(Reine Bazarmare!)  
**R. Plunz, Brunnenstr. 112,**  
beim Pferdebahn-Depot.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten  
**Ucin Weiss, Bayrischler-**  
**und gr. Speisegeschäft.** Reich-haltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag-mahl mit Bier 40 Pf., sowie Abendbrot à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen. \*  
**H. Stramm, Reß-, Ritterstr. 123.**

**Lürkenlose**  
sowie andere Lose werden gekauft.  
Uest. Angebote unter Angabe der Nummer u. des Preises unter B. L. 223 an Haasensteins & Vogler A.-G., Ham-burg, erbeten. 1087\*

**Photographisches Atelier.**  
Adalbertstr. 67 (Gehaus an der Wallberg-Brücke). Bild 13 Std. und 1 Postkarte mit eigener Photographie 3 M., 7 Cabinet mit Postkarte 6 M. Vereinsaufnahmen ohne Anzahlung 50 x 60 a Bild 2 M. 75 Pf. 20229\*

Die weltbekannte  
**Bettfedern-fabrik**  
Oskar Rühl, Berlin, Wilmers-dorfer 46, verleiht gegen Rücknahme gegen neue Bettfedern a 1/2 Pf. 66 Pf., feinste Halbwaren a 1/2 Pf. 1,75, beste Halbwaren a 1/2 Pf. 2,85, beste Halbwaren a 1/2 Pf. 3,85.  
Ein hiesiger Laden grüßert 3 bis 4 Pfund von großen Oberst. Separat für Bild u. Werbung gratis. Eine Karte anfragen.

Einem Teile unserer heutigen Nummer liegt ein Prospect des **Nannastalt-Warenhauses Max Laserstein, Dörtheerstr. 29,** Ecke der Hufeisenstraße, bei.